

2013-05-16

Stadt Dessau-RoßlauZerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040**Niederschrift****über die Sitzung des Stadtrates am 26.09.2012**

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 37**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:**Verwaltung**

Hantusch, Joachim

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland

Kolze, Jens

Müller, Christa

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie

Schwierz, Andreas

Stabbert-Kühl, Sabine

unentschuldigt

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Grabner, Isolde

Tietz, Gabriele Dr.

Weber, Ralf-Peter Dr.

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit 31 Stadträte und der Oberbürgermeister).

2 Verleihung der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt an Herrn Joachim Krause

Herr Oberbürgermeister Koschig begrüßte die Anwesenden, unter denen sich auch der stellvertretende Landrat des Landkreises Wittenberg, Herr Hajek, befindet.

Die Worte von Theodor Fontane voranstehend: „Es kann die Ehre dieser Welt dir keine Ehre geben, was dich in Wahrheit hebt und hält, muss in dir selber leben.“ richtete er sich an Herrn Joachim Krause. Er dankte dem Präsidium des Stadtrates für die Möglichkeit, in dieser besonderen Öffentlichkeit, dem Ehre zuteil werden zu lassen, dem Ehre gebührt.

Heute gehe es darum, das Engagement und eine erfreuliche Entwicklung zu würdigen. Es könne festgestellt werden, dass trotz einer erhöhten Zunahme des Straßenverkehrs, die Zahl der Verkehrstoten gesunken ist. Das habe etwas mit technischem Fortschritt, aber auch mit einer erhöhten Sensibilität für die Gefahren im Straßenverkehr zu tun. Dennoch bleibe es auf unseren Straßen gefährlich. Aus diesem Grund ist die Arbeit der Verkehrswacht unabdingbar, sie informiert, klärt auf und leitet an. Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer tun das seit vielen Jahren mit sehr viel Geduld und Ausdauer. Die Verkehrswacht ist damit präventiv tätig und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit auf unseren Straßen. Der Oberbürgermeister dankte allen Mitgliedern und Förderern für ihren ehrenamtlichen Einsatz. Die Arbeit in den verschiedenen Sparten zahle sich auch für unsere Stadt aus.

Ein ganz besonderes Dankeschön gebühre Herrn Joachim Krause für sein außerordentliches ehrenamtliches Engagement. Er stehe 50 Jahre im Dienst der Gesellschaft. Von 1962 bis 1987 war er im Institut für Impfstoffe Dessau, aus der die heutige IDT Biologika Dessau hervorgegangen ist, im eigenen Fuhrpark des Unternehmens beschäftigt. Im Institut für Impfstoffe wurde im Jahr 1963 ein Verkehrssicherheitsaktiv gebildet, dessen Vorsitzender Herr Krause wurde. Er organisierte technische Kontrollen der Dienstfahrzeuge, der privaten Fahrzeuge der Mitarbeiter und führte vierteljährig Verkehrsteilnehmerschulungen durch. Nicht zu vergessen ist seine Arbeit mit den Kindern, was sein ganzes ehrenamtliches Leben besonders geprägt hat. Neben betrieblichen Verkehrsteilnehmerschulungen fanden auch solche in spielerischer Form statt. Es wurde ein kleiner Verkehrsgarten gebaut und im offenen Straßenverkehr den Kindern an exponierten Stellen der Weg vom oder zum Kindergarten gezeigt. Er organisierte die Ausbildung von Schülerlotsen, Aktionen gegen Alkohol im Straßenverkehr mit Ein- und Ausparkkontrollen auf dem betrieblichen Parkplatz.

Herr Krause wurde in die Arbeitsgruppe Sicherheit im Straßenverkehr unserer Stadt berufen. Während dieser Zeit war er auch als Lektor tätig, führte Wochenendschulungen für Bürger durch, die durch ihr Fehlverhalten im Straßenverkehr durch die Polizei bestraft wurden und an Schulungen teilnehmen mussten. Herr Krause verfügt über ausgewiesene Kenntnisse und Erfahrungen im Straßenverkehr, im Kfz-Dienst und in der Logistik. Diese Leistung bildet die Grundlage für den Abschnitt nach der politischen Wende. Es veränderten sich die gesellschaftlichen Bedingungen im Land, die Tätigkeit der Verkehrssicherheitsaktive endete, die Verkehrswacht e.V. Deutschland trat an diese Stelle und übernahm die Aufgaben.

Für manche war das das Ende der ehrenamtlichen Tätigkeit, nicht so für Herrn Krause. Er engagierte sich weiter und wurde Gründungsmitglied der Verkehrswacht Dessau. Der Verein wurde am 13.10.1990 gegründet. Alte Erfahrungen wurden in neue eingepasst, der Verein wurde strukturell und organisatorisch aufgebaut, eine Satzung wurde beschlossen. Unter Mitwirkung von Herrn Krause wurde eine Geschäftsstelle in Dessau geschaffen, die für jeden Bürger zu Fragen des Straßenverkehrs erreichbar sein sollte. Nach einigen Umzügen ist sie seit 1997 in der Alten Landebahn in Dessau zu finden. Durch Herrn Krause wurde eine neue mobile Verkehrsschule für die Stadt Dessau ins Leben gerufen und mit den Schulen vor Ort und im Umfeld Verkehrsunterricht für die vierten bis sechsten Klassen durchgeführt. Demonstrationen, Fahrradparcours, einschließlich Fahrradprüfung wurden angeboten. Dieser Aufwand und gerade sein persönlicher Einsatz haben sich als wirksam bei den Kindern erwiesen und der wachsende Bedarf liege auch heute noch vor. Dieses **MJVS** sei einmalig in Sachsen-Anhalt und ist der Initiative von Herrn Krause zu verdanken. Hierfür wurden auch 2 Busse angeschafft. Weiterhin wurde die Planung eines Verkehrssicherheitszentrums vorbereitet. Seit dem 1. April 2000 gibt es dieses Zentrum An der Alten Landebahn. Dieses Vorhaben wurde durch die Stadt Dessau, die Polizeidirektion Dessau und ansässige Betriebe und Einrichtungen gefördert. Das Verkehrssicherheitszentrum sollte der Nachschulung von Bürgern, Berufskraftfahrern, Soldaten der Bundeswehr, Jugendlichen und weiteren Interessenten zur praxisnahen Ausbildung dienen, um die vorhandenen individuellen Kenntnisse und Fähigkeiten zu ergänzen. Auf diesem Gelände findet jährlich der Tag der Verkehrswacht statt, auch könne man hier Verkehrssicherheitstraining durchführen.

Herr Krause war der erste Vorsitzende der Verkehrswacht Dessau von 1997 bis 2004. Dann hat er die Arbeit in jüngere Hände gelegt. Er ist aber Ehrenmitglied unserer Verkehrswacht und arbeitet weiterhin aktiv im Verein und ist der „Mister Verkehrswacht“ in unserer Stadt. Wann immer es das Alter und die Gesundheit erlauben, ist er an der Alten Landebahn anzutreffen. Joachim Krause hat 50 Jahre seines Lebens den Menschen im Straßenverkehr in Wort und Tat gewidmet. Im Vordergrund seines Wirkens standen die Kinder, die jüngere Generation. Ihm sind viele gute Gedanken und manches Geschaffene zu verdanken, um bessere Einsichten in den Straßenverkehr zu erlangen.

„Es kann die Ehre dieser Welt dir keine Ehre geben, was dich in Wahrheit hebt und hält, muss in dir selber leben.“ In ihm lebt dies und seine Fähigkeiten, auf Menschen zuzugehen, sie zu begeistern, die Vereinsmitglieder und ihre Helfer bei den verschiedensten Projekten immer wieder auf das gemeinsame Ziel auszurichten und dort hinzuführen, seien Gründe, Herrn Krause die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt zu verleihen.

Gemeinsam mit dem Stadtratsvorsitzenden und Herrn Hajek nahm Herr OB Koschig die ehrenvolle Aufgabe wahr, im Namen des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt Herrn Krause zu dieser Auszeichnung zu gratulieren, für alles Geleistete zu danken und ihm Gesundheit und Wohlergehen zu wünschen. Herrn Krause wurden die Verleihungsurkunde sowie die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt überreicht.

Herr Krause brachte seinen Stolz zum Ausdruck, für die Leistung, die er mit seinem Team erbracht habe, ausgezeichnet zu werden. Er habe zu DDR-Zeiten im Kreisvorstand als Leiter der Wettbewerbskommission und aller Verkehrssicherheitsaktivitäten angefangen. Stolz sei er auf seine Mitstreiter, wie z. B. Frau Lindner, Leiterin des Ordnungsamtes, denn nur so konnte man das alles bewältigen. Das Erreichte für die Stadt, z. B. die Senkung der Schulwegunfälle, mache stolz. Durch die Meldungen der damaligen Volkspolizei war man immer auf dem neuesten Stand. Schon mit 21 Jahren habe er sich zum Vorsatz gemacht, sein Leben dafür zu verwenden, dass weniger junge Menschen verunfallen. Abschließend dankte Herr Krause vor allem Herrn Otto, der gemeinsam mit Herrn Platz viel Unterstützung gegeben hat, gerade was das Zentrum betreffe.

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mehrheitlich angenommen (32:02:00).

4 Genehmigung der Niederschriften vom 11. und 18. Juli 2012

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates verwies zunächst auf die Niederschrift vom 11.07.2012.

Hierzu bemerkte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, da nach der Sonderstadtratssitzung bei der Kommunalaufsicht im Landesverwaltungsamt eine Beschwerde und im Verwaltungsgericht in Halle eine Klage wegen Verletzung der Rechte als Stadtratsmitglied anhängig ist, gewinne die Niederschrift zu dieser denkwürdigen Sitzung eine erhöhte Bedeutung. Aus diesem Grund sei es geboten, die Niederschrift besonders gewissenhaft zu erstellen. Deshalb habe er sich vom Offenen Kanal Dessau den offiziellen Mitschnitt der Sondersitzung beschafft und konnte damit die Übereinstimmung des Textes der Niederschrift sehr gut überprüfen. Leider musste er bei diesem Abgleich des Mitschnittes mit der vorgelegten Niederschrift einige Differenzen feststellen, die richtigzustellen sind. 8 zu korrigierende Punkte sind zusammengekommen, die er in einer übersichtlichen Liste erfasst hat. Er übergab dem Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner, eine Kopie dieser Liste. Die in Klammern gesetzten und blau markierten Textteile (in dieser Niederschrift *kursiv* gedruckt!) sind falsch und müssen gestrichen werden. Die fett gedruckten und rot markierten (in dieser Niederschrift unterstrichen gekennzeichnet!) sind Passagen, die richtig sind und in die Niederschrift gehören. Die Änderungen haben eine fortlaufende Nummerierung, die sich am Ablauf der Sitzung orientiert und weitere Zuordnungen, wie Tagesordnungspunkt, Seitenzahl, Redner und Abschnitt enthält. Damit könne der Änderungsbedarf sehr gut nachvollzogen werden.

Änderung 1: Seite 2, TOP 2, Abs. 2, Zeile 3 werde Herr Dr. Exner zitiert: Angesichts der Tatsache, dass insbesondere die Frage des Stadtnamens sehr intensiv und emotional geführt worden ist, haben sich die Fraktionsvorsitzenden darauf verständigt ... Im Original komme von ihm die wichtige Bemerkung: „Also der eine Punkt der Beschlussvorlage“. Diese wichtige Bemerkung müsse mit aufgenommen werden.

Änderung 2: Seite 2, TOP 2, Abs. 3, Zeile 1: Herr Dreibrod, SPD-Fraktion, legte dar, er widerspreche (*diesen*) diesem Punkt,...

Änderung 3: Seite 26, Abs. 5, Zeile 1: Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf (*Ende der Debatte*) Schluss der Aussprache und Abstimmung. So heiße der Änderungsantrag richtig in unserer Geschäftsordnung.

Änderung 4: Seite 26, Abs. 6, Zeile 1: ... brachte Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, CDU-Fraktion, seinen eigenen Redebeitrag zu Gehör. (*Zuvor stellte er fest, dass keine weiteren Wortmeldungen angezeigt wurden.*) Diese Feststellung ist falsch und muss gestrichen werden. Richtig muss es an dieser Stelle heißen: Eine weitere Wortmeldung, angezeigt von Herrn Schönemann, wurde von Dr. Exner mit den Worten: „Wir haben Ende der Debatte!“ nicht zugelassen.

Änderung 5: Seite 28, Abs. 1, Zeile 1: An das Mikrofon war Herr Dreibrod, SPD-Fraktion getreten und äußerte Redebedarf mit der zweifachen Äußerung: „Ich möchte jetzt sprechen“ (*Dies wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates mit dem Hinweis auf Schluss der Debatte abgelehnt.*) Das war nicht die Antwort des Stadtratsvorsitzenden. Die Antwort des Stadtratsvorsitzenden war: „Das können Sie doch nachher.“

Änderung 6: Seite 28, Abs. 4, Zeile 1: Bei der Aufzählung der weiteren Anträge von 1. bis 4. durch Dr. Exner wurde nur einer von drei vom Stadtrat Dreibrod vorliegenden genannt, der unter 1. genannte Antrag auf „Ersatzlose Streichung des Punktes C 7.“ Die zwei weiteren Anträge, zum einen der Antrag, für die Stadtumbenennung unter C 7 einen Bürgerentscheid festzuschreiben und zum anderen den Antrag bei der Auflistung der Jubiläen und Ereignisse bis 2019 unter B a) im Masterplan das dort fehlende Stadtjubiläum 800 Jahre Roßlau im Jahr 2015 zu ergänzen, blieben unerwähnt. Alle 3 Änderungsanträge waren Dr. Exner in der Sitzung mit dem Hinweis übergeben worden, diese begründen zu wollen, wenn sie aufgerufen werden.

Änderung 7: Seite 28, Abs. 7, Seile 1, Abs. 8, Redner Dreibrod: Hier stimmt das protokollierte Abstimmungsergebnis 06:37:00 nicht und muss korrigiert werden. Was ist wirklich passiert an der Stelle? Die Meldung zur Geschäftsordnung von Stadtrat Dreibrod erfolgte vor und während der Abstimmung zum Antrag „Ersatzlose Streichung von C 7“. Von daher stimmt das protokollierte Abstimmungsergebnis nicht, weil Herr Dreibrod einfach mitgezählt wurde, obwohl er sich an der Abstimmung nicht beteiligte. Es muss nur noch geklärt werden, ob man eine Zustimmung oder eine Ablehnung streicht. Enthalten hat sich Stadtrat Dreibrod nicht.

Änderung 8: Seite 29, nach Absatz 3: Nach der Äußerung von Dr. Exner fehlt komplett die Erwiderung von Stadtrat Dreibrod. Zu dieser Erwiderung muss folgendes in die Niederschrift: Herr Dreibrod legte Dr. Exner einen vorbereiteten Schriftsatz für die mündliche Begründung vor und wies ihn darauf hin, dass diese immer viel aus-

führlicher sei, als der Antrag. Weiter stellte Herr Dreibrodts fest, dass Dr. Exner auch wisse, dass das immer so sei, er ihn aber seiner Meinung nach hier mundtot machen wolle.

Das seien die Änderungsanträge, welche für das Protokoll erforderlich sind, um die Richtigkeit an den aufgeführten Stellen herzustellen, schloss Herr Dreibrodts seine Ausführungen.

Zur Aufklärung legte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, dar, Herr Dreibrodts habe Klage gegen die Stadt Dessau-Roßlau eingereicht, hier respektive gegen den Stadtrat, konkretisierend gegen seine Person. Darüber ist ein Verwaltungsverfahren anhängig. Man habe zu gegebener Zeit Gelegenheit, zu den erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Zum Ablauf der Stadtratssitzung werde Protokoll in zweierlei Weise geführt, einmal werde die gesamte Stadtratssitzung auf Tonträger aufgenommen, zusätzlich machen Frau Baumer und Frau Hösel entsprechende Notizen zum Ablauf, fuhr **Herr Dr. Exner** fort. Aus beiden Erkenntnisquellen werden die Protokolle erstellt, was seinerseits auch überprüft werde. Das Protokoll wurde, wie in allen anderen Fällen auch, sorgsam erstellt. Er könne sich Differenzen jetzt nicht erklären und vorstellen. Wenn jemand klagt, könne das Protokoll nicht nach Interessenslage geändert werden. Was Herr Dreibrodts an Abweichungen sieht, könne er momentan nicht beurteilen, es müsse aber entsprechend geprüft werden.

Wenn die Mehrheit des Stadtrates der Meinung ist, man solle die Beschlussfassung zur Niederschrift zurückstellen, mag das so geschehen. Wenn die Mehrheit das so nicht sieht, möge darüber abgestimmt werden. Er werde jetzt keine einzelnen Änderungsanträge zur Abstimmung stellen, weil die Stadträte das jetzt auch nicht überprüfen können. Bis zur nächsten Stadtratssitzung werde eine Klärung erfolgen. Es sei dann aber wichtig, dass das Präsidium die DVD des Offenen Kanals bekommt. Von unseren Erkenntnisquellen werde man es dann querkoppeln und überprüfen. Dazu werde er zur nächsten Sitzung Stellung nehmen.

Herr Dreibrodts, SPD-Fraktion, verwies auf die Geschäftsordnung und auf den Punkt Löschung der Tonträger. Die Stadt Dessau-Roßlau mache ja eigene Tonaufnahmen, neben den verschiedenen Fernsehkanälen. Es stehe in der Geschäftsordnung, nach Fertigstellung, Unterzeichnung und Genehmigung der Niederschrift, sind die Tonbandaufnahmen zu löschen. Herr Dreibrodts beantragte, in diesem besonderen Fall als Beweissicherung diese Tonträger so lange nicht zu löschen, bis die ganze Angelegenheit entschieden ist. Weiterhin müsse er richtigstellen, dass er als Stadtrat nicht die Stadt Dessau-Roßlau verklagt hat, sondern den Stadtrat, denn er sei viel zu sehr Heimatfreund und mit der Stadt verbunden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, dem Protokoll sei nicht die Anlage zur namentlichen Abstimmung beigelegt. Das sei ausgewiesen, aber nicht im Anhang vorhanden. Es werde um Nachreichung gebeten.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte aus, um die Änderungswünsche von Herrn Dreibrodts prüfen zu können, hätte er das vorher gern gesehen. Leider sei ihm das nicht zugegangen. Insofern stimme er Herrn Dr. Exner zu, dass das heute nicht zu prüfen ist. Er bat darum, dass den Fraktionen 1 Exemplar

ausgereicht wird, damit man sich im Vorfeld damit beschäftigen kann, um dann in der nächsten Sitzung über das Protokoll befinden zu können. Er hatte jetzt aus dem, was Herr Dreibrodtr vorgetragen hat, nichts gehört, was inhaltlich konträr zu dem Inhalt des Protokolls gewesen wäre.

Das fasse er als **Geschäftsordnungsantrag** auf, über den abgestimmt werden soll, erwiderte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Er brachte den Antrag auf Vertagung der Bestätigung des Protokolls vom 11.07.2012 auf die nächste Sitzung zur Abstimmung. Diesem wurde mehrheitlich entsprochen (27:06:03).

Die **Niederschrift vom 18.07.2012** wurde mehrheitlich (4 Enthaltungen) **bestätigt** (32:00:04).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Zu Beginn seines Berichtes verwies **Herr Oberbürgermeister Koschig** auf die ausgereichten Unterlagen zum Stand der Baumaßnahmen, Stechmücken sowie ANHALT|800.

In der Sommerpause gab es einige Themen, die die Öffentlichkeit besonders beschäftigten bzw. noch immer in Atem halten. Ein solches Thema ist der einstimmige Beschluss des Verwaltungsrates der DWG zur Erweiterung der Liste der Objekte, die vom Wohnungsmarkt genommen werden sollen, um so die Entlastung von Altschulden bis Ende nächsten Jahres noch so umfassend wie möglich in Anspruch nehmen zu können. 2 Mio. € sind dafür zugesagt worden. Der Abriss des Y-Hauses Friedrichstraße 17 ist in aller Munde, ebenso die Elballee. Die Liste ist aber deutlich länger. Nachdem alle Bemühungen, ein tragfähiges Konzept zur Sanierung der Y-Häuser aufzustellen, gescheitert waren, wurden die Häuser zum Verkauf angeboten. Doch auch hierbei kam es zu keinem erfolgreichen Ergebnis. Nachdem aber in der Mitteldeutschen Zeitung über den Abrissbeschluss berichtet worden war, meldeten sich weitere Investoren, die nun am Rechnen sind. Sollte sich ein wirtschaftlich akzeptables Angebot ergeben, könnte eine erneute Entscheidung des Verwaltungsrates in einer Sondersitzung erfolgen. Allen Beteiligten danke er für ihr Engagement in dieser Sache.

Im Rahmen der **Umsetzung des Maßnahmebeschlusses Masterplan Bauhausstadt Dessau** vom 11. Juli 2012 wurde eine Projektgruppe gebildet, bestehend aus einem Projektleiter, einer Projektkoordinatorin und einer Projektassistentin. Die Aufgabe ist dem Sachgebiet Kulturverwaltung, Kulturförderung, Veranstaltungen im Kulturamt zugeordnet. Mit der Projektleitung wurde Herr Steffen Kuras beauftragt. Zur weiteren verwaltungsinternen Koordinierung wird eine Steuerungsgruppe konstituiert. Für die Themenschwerpunkte „Investive Maßnahmen“, „Kulturelle Maßnahmen“, „Touristische Maßnahmen“ und „Bildungsoffensive“ werden entsprechende Arbeitsgruppen zur Verhandlung und Vorbereitung der Entscheidungen mit wechselnden internen und externen Partnern sowie unter der Mitwirkung eines Vertreters der Stiftung Bauhaus Dessau gebildet. Eine detaillierte Abstimmung über die Form der Zusammenarbeit und die Inhalte der angestrebten Kooperationsvereinbarung mit dem Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau erfolgt Anfang Oktober. Die im Beschluss auf-

geführten Marken Bauhaus, Bauhausstadt, Bauhausstadt Dessau sind angemeldet. Die Termine für die 14 Einwohnerversammlungen in unserer Stadt wurden ausgereicht und werden im Oktoberamtsblatt veröffentlicht. Die Orte für die ersten Veranstaltungen stehen fest. Es wird über das Amtsblatt und die Medien weiter informiert, wo und wann die Einwohnerversammlungen zum Masterplan Bauhausstadt Dessau stattfinden.

Das diesjährige **Farbfest** am Bauhaus fand am 01. September 2012 statt und präsentierte sich als Inszenierung aus Licht, Klang und Raum. Unmittelbar vor dem Farbfest gab das Anhaltische Theater Dessau einen Einblick in die Produktionen der kommenden Spielzeit. Dabei wurden auch die neuverpflichteten Künstler vorgestellt. Bezüglich der **Theaterfinanzierung** hat uns die Kürzung unvermittelt getroffen. Er danke für alle Solidarität, die aus der Öffentlichkeit für Haus und Ensemble gekommen ist. Inzwischen konnten auch die Gespräche mit dem Kultusministerium wieder aufgegriffen werden, was leider durch öffentliche Äußerungen des Generalintendanten zerschnitten war. Für die bevorstehenden Haustarifverhandlungen habe er das Angebot des Staatssekretärs im Kultusministerium angenommen und ihn um Unterstützung aus seinem Ministerium gebeten.

Der **Kulturkonvent** werde aufgrund seiner Einladung und des Diskussionsergebnisses der letzten Zusammenkunft in Wittenberg in unsere Stadt kommen, ebenso die Kultusministerkonferenz der Länder. Diese werden sich mit der Situation des kulturellen Lebens in unserer Stadt beschäftigen.

Jubiläum Dessau|800

Die erste urkundliche Erwähnung der Stadt Dessau geht auf das Datum 04. November 1213 zurück. Ziel ist es, das 800. Jubiläumsjahr mit vielen lokalen und regionalen Partnern würdig zu gestalten. Als Höhepunkt soll ein Fest am ersten Juliwochenende 2013 stattfinden. Der geplante Zeitraum vom 5. bis 7. Juli ist der traditionelle Termin für das Leopoldfest. Mit dem Veranstalter des Leopoldfestes, dem Verein zur Förderung der Stadtkultur Dessau e.V., gibt es die Übereinkunft, dass der Verein 2013 kein Leopoldfest durchführt, sich aber in die Jubiläumsfeierlichkeiten einbringt. Die bestehende Kooperationsvereinbarung zur Vorbereitung und Durchführung des Leopoldfestes zwischen dem Verein und der Stadt soll für das Jahr 2013 ausgesetzt werden. Ideen und Vorstellungen zur Gestaltung des Festjahres, auch unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen, befinden sich in der Abstimmung. Zur gegebenen Zeit wird das Programm im Kulturausschuss ausführlich vorgestellt.

Anhalt International

Am 30. September 2012 geht die Jubiläumsausstellung aus Anlass ANHALT|800 in der Marienkirche zu Ende. Die Finissage findet am Sonnabend, dem 29. September 2012 in Verbindung mit einer JazzKultTour statt. Am letzten Tag der Ausstellung besteht zudem die Möglichkeit, die Grüfte der Marienkirche zu besichtigen. Herr Koschig lud alle ein, diese Ausstellung zu besuchen.

Gestern fand eine Dankeschönveranstaltung für alle Helferinnen und Helfer zum Sachsen-Anhalt-Tag 2012 in der Anhalt-Arena statt. Herr OB Koschig nutzte die Gelegenheit, allen Akteuren unserer Stadt ein Dankeschön zu sagen, auch die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben sich rund um die Landesbühne Weltbildoffenes Anhalt sehr offen engagiert eingebracht.

Zurzeit findet die interkulturelle Woche statt, eine Vielzahl von Mitgestaltern lädt bis Sonntag zu den unterschiedlichsten Veranstaltungen ein u. a. morgen die Stolpersteinaktion. Ein sehr schönes Zeichen, wie bunt unsere Stadt ist.

Einbürgerungen

In diesem Jahr wurden bisher 27 ausländische Personen eingebürgert, davon 13 Frauen und 14 Männer. Die Einbürgerungsfeiern, bei denen die Einbürgerungsurkunden ausgehändigt wurden, fanden am 06.02. und 12.06.2012 statt.

Darüber hinaus konnten in diesem Jahr schon 14 Einbürgerungszusicherungen ausgehändigt werden. Diese Personen können nach der Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit ebenfalls eingebürgert werden.

Dem Bundesforstbetrieb wurde für die ehemalige Garnison in Roßlau eine befristete Ausnahmegenehmigung für eine beschränkte Jagdausübung im befriedeten Bereich im Sinne eines erweiterten Notstandsrechts erteilt, um dem **Schwarzwild** dort beizukommen. Diese Ausnahmegenehmigung geht über eine stille Jagd hinaus, enthält allerdings strenge Auflagen, welche bei der Jagdausübung die Bürgerinnen und Bürger vor verirrtten Geschossen schützen sollen.

Von einer positiven Entwicklung im Bereich der Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing gibt es im **Übernachtungstourismus** in unserer Stadt zu berichten. Gleich mehrere hervorragende Veranstaltungen und Ausstellungen sowie Kongresse, die durch das Anhaltjubiläumjahr in unserer Stadt und in der Region stattfanden, trugen dazu bei, dass die Anzahl der Übernachtungen im 1. Halbjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 15,1 % auf insgesamt 88.207 Übernachtungen angestiegen ist. Der Anteil ausländischer Gäste betrug dabei 13,7 %. Zum Vergleich: Die Steigerung der Übernachtungen in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg betrug im gleichen Zeitraum 9,5 % und in Sachsen-Anhalt insgesamt 6,2 %.

Zur Erschließung touristischer Potenziale haben sich die UNESCO-Welterbestätten der Moderne in Berlin, Dessau und Weimar in einem „Arbeitskreis zur Erschließung der Welterbestätten der Moderne“ zusammengeschlossen. Zu den Trägern des Arbeitskreises gehören die Stiftung Bauhaus Dessau, die Klassik-Stiftung Weimar, das Bauhaus-Archiv Berlin, die Senatsverwaltung Berlin, die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau und weitere Institutionen. Ein Projekt ist die Initiative „Triennale der Moderne“. Berühmte Beispiele sind die Brüssel Biennale „Art Nouveau/Art Deco“, die „Venedig Biennale Aktuelle Architektur“ oder die „Lissabon Architecture Triennale“, die zu einem überproportionalen Anstieg des Tourismusaufkommens geführt haben. Diese soll im 3-Jahresrhythmus stattfinden. Darüber werde weiter berichtet.

Im Auftrag des Bundesumweltministeriums wurde im Frühjahr dieses Jahres der **Themenfilm „Kommunaler Klimaschutz in Deutschland“** produziert, in dem geförderte Projekte aus der Nationalen Klimaschutzinitiative vorgestellt werden. Dessau-Roßlau wurde als Schwerpunktstadt ausgewählt, um aufzuzeigen, wie erfolgreich und vielfältig wir uns im Klimaschutz engagieren. Damit wird unsere Arbeit im Klimaschutz bundesweit kommuniziert und wahrgenommen. Ebenso werden damit unsere Aktivitäten von Seiten des Bundesministeriums für Umwelt deutlich honoriert. Wir sind auf einem sehr guten Weg im Klimaschutz in Dessau-Roßlau, aber noch nicht am Ziel.

Erwähnung sollte die Durchführung der **Seniorenwoche** vom 2. bis 7.9.2012 finden, mit den Höhepunkten des Konzertes „Hereinspaziert“ im Anhaltischen Theater und das Seniorenforum zum Thema Sozialplanung.

Am 1.9.2012 wurde mit einem Festgottesdienst und einer festlichen Veranstaltung das 25-jährige Bestehen der **Werkstatt für behinderte Menschen** in unserer Stadt begangen und am 7.9.2012 wurde am Standort Kochstedt die Einrichtung der Lebenshilfe mit 17 Plätzen zum intensiv betreuten Wohnen eröffnet.

Das vom Land Sachsen-Anhalt und aus EU-Mitteln geförderte EU-Schulobstprogramm ermöglicht in diesem Schuljahr **zwei Grundschulen und einer Förderschule**, an drei Wochentagen kostenlose Extraportionen an Obst und Gemüse für unsere Kinder zu erhalten.

Die Grundschule Friederikenstraße hat zum Schuljahresbeginn den Schulbetrieb am Standort Flössergasse 31 aufgenommen. Damit kann die Sanierung des Schulstandortes sofort beginnen. Zum Schuljahr 2012/13 wurden 584 Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen eingeschult, 24 Schüler an den Förderschulen. Das Förderprogramm „Lernen vor Ort“ wurde für die 2. Förderperiode durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung bestätigt.

Laut Pressemitteilung vom 28.08.12, eine offizielle liege noch nicht vor, wurden alle 6 beantragten Maßnahmen durch **STARK III** für die erste Förderperiode ausgewählt: Villa Kunterbunt, Kita Sausewind, Hort der Evangelischen Grundschule, Waldkindergarten, Hort Zauberburg, Krippe Glück und Frieden, Sekundarschule an der Biethen am Standort Goethestr. (Haus II) sowie die Grundschule Ziebigk. Ziel des Programms ist die energetische Sanierung dieser Einrichtungen.

Am 10.09.12 erfolgte unter Beteiligung der Schüler, Lehrer und Gäste die langersehnte feierliche Grundsteinlegung der Evangelischen Schule in der Schillerstraße. Bis Ende nächsten Jahres sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein. Am 30.08.12 wurden die Eröffnung des Neubaus der Kindertagesstätte der ADA und gleichzeitig die Namensgebung der Einrichtung in „Apfelblüte“ gefeiert.

Am **Sonntag, dem 16. September 2012** fand zum **14. Mal der avendi City-Lauf** als größte Breitensportveranstaltung der Stadt Dessau-Roßlau und der ganzen Region statt. Insgesamt beteiligten sich an den 5 Läufen auf einem neuen Kurs mitten in der Stadt mit Start und Ziel zwischen Rathaus und Rathaus-Center mehr als 1.700 Laufbegeisterte. Bei strahlendem Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen waren auch insgesamt 3.000 Zuschauer im Start- und Zielbereich und an der Strecke mit dabei.

Herr Oberbürgermeister Koschig dankte allen, die an der Vorbereitung der Veranstaltungen zum **10. Jahrestag der Wiederkehr des Hochwassers 2002** beteiligt waren. So fanden statt das Sandsackfest in Ziebigk, das Fest in Waldersee, „10 Jahre nach der Flut“ mit Festkonzert in der Großkühnauer Kirche und vielleicht als Höhepunkt der langersehnte erste Spatenstich für das Sperrwerk an der Rossel in Roßlau. Ebenso dankte er allen fleißigen Helfern und Helferinnen, den Unterstützern und den Sponsoren für das **Heimat- und Schifferfest** im Stadtteil Roßlau vom 23.-26. August. Anlässlich des 100. Geburtstages der hiesigen Freimaurerloge am 25. Au-

gust 2012 fand eine **Uraufführung im Bauhaus** mit dem Theaterstück „Mein lieber Herr Moses“ statt.

Der Förderverein **Technikmuseum Hugo Junkers** feierte am 7. September sein 20-jähriges Bestehen. Die 15. Lehrstellenoffensive in der Anhalt-Arena, unter Beteiligung der Agentur für Arbeit und der Wirtschaftsunioren fand am 15. September statt. Gleichzeitig wurden die neuen **Räumlichkeiten der Kreishandwerkerschaft** im Gewerbegebiet West eröffnet.

Die **Lenkungsgruppe ANHALT|800** konnte für dieses Jubiläumsjahr eine positive Bilanz ziehen. Alle sind zum großen Abschlussfest am 20. Oktober nach Bernburg eingeladen. Anlässlich des Anhaltjubiläums findet morgen in der Roßlauer Elbe-Rossel-Halle der **Elbeschiffahrtstag 2012** statt. Er lade weiterhin zu den Veranstaltungen der **Bildungsmeile** am 5. und 6. Oktober in der Stadt ein, was eine Initiative der Arbeitsgruppe Bildung der Lenkungsgruppe ANHALT|800 ist.

Abschließend verwies Herr Koschig auf die **Wiedereröffnung** des sanierten **Kornhauses**, dessen Pächterin, Frau Regina Gröger, er viel Erfolg und zufriedene Gäste wünschte.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Koschig gab folgenden nichtöffentlich gefassten Beschluss der letzten Sitzung des Stadtrates bekannt:

- Gründung einer Netzgesellschaft Breitbandkabel - Dessauer City Kabel GmbH

6 Einwohnerfragestunde

Herr Günther Brückmann ergriff das Wort und legte dar, er sei seit 41 Jahren Mieter eines der 3 Y-Häuser und Vorsitzender des Mieterbeirates aller drei Y-Häuser. Mit den Abrisskündigungen fühlen sich die Mieter des Hauses Nr. 17 bedrängt, aber Angst bestehe bei allen Mietern der Häuser. Mit den Aktivitäten der Mieter in den vergangenen Tagen und Wochen wurden die Stadträte aller Fraktionen vertraut gemacht. Unbestritten sei, dass diese drei Häuser Dessaus eine typische Architektur darstellen und wesentlich das Stadtbild prägen. Es stellen sich die Fragen, wie kann eine Stadtentwicklungspolitik per Rechenschieber erfolgen und die soziale Sicherheit und Geborgenheit außen vor bleiben, wie können die Stadtväter, die einen Masterplan Bauhaus erarbeitet haben, einen solchen Abriss und die Zerstörung des urbanen Stadtkerns Y-Häuser Stadtpark zulassen.

An die Stadträte richtete Herr Brückmann die Frage, was sie gedenken zu tun, um diesen Wahnsinn zu verhindern. Der Beschluss des Verwaltungsrates der DWG müsse umgehend außer Kraft gesetzt werden, auch unter der Option, dass ein Verkauf aller drei Häuser kurzfristig nicht stattfindet.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erwiderte, normalerweise würden die Fragen an die Verwaltungsspitze gerichtet. Eine Beantwortung durch den Stadtrat gestalte sich schwierig, da dieser aus verschiedenen Fraktionen besteht.

Herr Dr. Peter Kreßner, erklärte, er beschäftige sich seit Monaten mit dem Thema Y-Häuser und habe öffentlich Stellung für den Erhalt der Y-Häuser genommen. Diese dürfen nicht abgerissen werden, weil das Stadtbild wesentlich beschädigt werde und es ein architektonisches Einzeldenkmal ist. Marcel Breuer habe die Grundidee entwickelt und das erste Y-Haus 1958 in Paris für die UNESCO gebaut. Er, Herr Kreßner, habe deshalb einen Antrag an die oberste Denkmalpflegebehörde gestellt, da die untere Denkmalpflegebehörde in Dessau nicht zuständig ist. Des Weiteren wäre ein Abriss unsozial. Er könne nicht verstehen, wieso man kurzfristig sämtliche Pläne, die viel Steuergelder gekostet haben, über den Haufen wirft und die Stadträte nicht gefragt werden. Er bat um Beantwortung der Frage, wie lange sich der Stadtrat das noch gefallen lassen will.

Herr Dr. Exner verwies auf den üblichen Weg der Beantwortung durch die Verwaltung und bat Herrn Meister, Leiter des Amtes 62, sowie Frau Passlack, Geschäftsführerin der DWG, um Ausführungen.

Herr Meister verwies auf den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Dr. Raschpichler, welcher sich vorbereitet und an seiner Stelle antworten werde. **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** versicherte, dass Entscheidungen manchmal nicht leicht fallen und weitreichende Folgen haben können. Er habe in Vertretung des Kollegen Hantusch am 19.09.2012 die Verwaltungsratssitzung geleitet. Zunächst war es wichtig festzustellen, ob der Verwaltungsratsbeschluss seinerzeit im Juni unter Berücksichtigung aller Aspekte, die für solch eine Entscheidung wichtig sind, auch rechtmäßig getroffen wurde. Gemeinsam mit allen Verwaltungsratsmitgliedern und der Geschäftsführung konnte festgestellt werden, dass dieser Beschluss rechtens zu Stande kam. Damit wurde die Geschäftsführung in die Lage versetzt, tätig zu werden.

In der Diskussion ist deutlich geworden, dass die DWG bemüht war, möglichst verantwortungsbewusst mit diesem Problem umzugehen. Für das entstandene Kommunikationsproblem entschuldige er sich. Jedoch war die Einleitung der Kündigungen nötig, um den Abriss ab dem 01.07.2013 vornehmen zu können. Die Ermächtigung der Geschäftsleitung ist natürlich mit diesem Beschluss begründet worden. Herr OB Koschig habe deutlich gesagt, es gibt die Option des Verwaltungsrates, sich erneut zu dem Thema zusammenzufinden, wenn im Zuge der jetzt anstehenden Ausschreibungen des Abrisses, der Planungen des Abrisses und allem, was dazu gehört, deutlich wird, dass sich die wirtschaftliche Situation eines solchen geplanten Abrisses, anders darstellt, als es bisher vielleicht aufgrund der vorliegenden Tatsachen einzuschätzen war. Die Entscheidung, eine Sondersitzung des Verwaltungsrates einzuberufen, sei eindeutig getroffen worden.

Die nötigen Schritte, um einen möglichen Abriss ab dem 01.07.2013 vornehmen zu können, sind von der Geschäftsleitung der DWG eingeleitet worden. Die Situation der Betroffenen, dass ein anvertrauter Wohnsitz in Frage steht, sei nachvollziehbar.

Herr Dr. Raschpichler schilderte, wie er die Verwaltungsratsitzung am 19. September wahrgenommen habe. Der Verwaltungsrat der DWG hat zunächst den Auftrag, unser Wohnungswirtschaftsunternehmen sowohl betriebswirtschaftlich, als auch im Verhältnis zu ihren Mietern in ein sicheres Fahrwasser zu führen. Dieser Verantwor-

tion ist der Verwaltungsrat gerecht geworden. Es sei aber auch völlig legitim, heute über dieses Thema zu sprechen und Aspekte in Bezug auf diesen Abriss erneut zu diskutieren. Das wäre auch für den Stadtrat eine originäre Verpflichtung und Aufgabe. Bedenken müsse man aber, dass jede Entscheidung in dieser Richtung zu erheblichen wirtschaftlichen Belastungen für unsere Wohnungsbaugesellschaft führt, was auch der Verwaltungsrat sehr intensiv, engagiert und emotional abgewogen hat. Man sei noch einmal im Gespräch, wie sich jetzt die Verkaufssituation entwickelt. Weiterhin wolle man sehen, wie mit dem Problem sozialverträglich umgegangen werden kann. Das sei eine gute Diskussionsgrundlage für die gestellten Anfragen.

Frau Passlack, Geschäftsführerin der DWG, erhielt das Wort und bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Raschpichler, weil das Wesentliche aus Sicht der Verwaltung vorzutragen war.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, da Herr Brückmann die Stadträte angesprochen hatte, würde er abweichend von der Geschäftsordnung auch den Stadträten das Wort erteilen. Damit solle aber keine Diskussion eröffnet werden. Deshalb fragte er, ob seitens der Bürger zu diesem Komplex noch Fragen bestehen. An Herrn Brückmann gewandt, verwies er auf die Möglichkeit der bilateralen Gespräche mit den Fraktionen und den Stadträten.

Als Kompromissvorschlag brachte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, vor, dass je Fraktion ein Stadtrat redet, da ansonsten eine breite Diskussion stattfindet, die keinem hilft. Darauf erwiderte **Herr Dr. Exner**, Vorsitzender des Stadtrates, das schließe nicht das aus, was er gesagt habe. Die Stadträte und die Fraktionen sollten für sich entscheiden, wer, wie und ob sie sich äußern wollen.

Frau Müller, SPD-Fraktion, brachte ihre Verwunderung zum Ausdruck, dass Herr Dr. Raschpichler und die DWG plötzlich reagieren, nachdem die Bürger anfangen sich zu wehren. Sie fragte, was passiert wäre, wenn die Bürger das alles still und heimlich hingenommen hätten. Im Namen der Fraktion verlas sie folgenden Änderungsantrag:

Die SPD-Fraktion stellt hiermit den Antrag, dass die DWG die Abrisskündigungen, die den Mietern des Y-Hauses Friedrichstraße 17 ausgesprochen wurden, zurücknimmt.

Begründend legte sie dar, es gibt potenzielle Investoren, die großes Interesse an den Y-Häusern haben. Unter anderem gibt es einen Investor, der sein Angebot schon vor 14 Tagen für alle drei Y-Häuser bei der DWG eingereicht hat. Bis heute gab es keine Reaktion seitens der DWG. Die Stadträte erwarten, dass diese Gespräche schnellstens stattfinden und vom Ergebnis in Kenntnis gesetzt werden. Sie bat die Stadträte um Zustimmung zum Antrag, da die Y-Häuser erhalten bleiben müssen, weil sie auch zum Stadtbild von Dessau gehören.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die Geschäftsordnung. Anträge können nach der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn die entsprechende Form und die Fristen gewahrt sind. Jetzt könne er keine Anträge zulassen, da dieser ohne Ankündigung hier vorgelegt wurde und schon gar nicht in einem Tagesordnungspunkt, in dem es um die Einwohnerfragestunde unserer Bürger geht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, es zeichne sich eine gewaltige Gratwanderung ab. Einerseits gebe es das wirtschaftliche Unternehmen städtischer Natur und andererseits das berechnete Anliegen der Mieter der DWG. Es handelt sich um ein städtisches Objekt, weshalb man in einer Doppelfunktion agiert, sowohl als Eigentümer als auch als Vermieter. Nach Beratung in der Fraktion signalisiere er einen Besuch im Areal, um sich den Mietervertretern zu stellen. Als Stadtrat werde er in der nächsten Bauausschusssitzung beide Themen thematisieren und der Geschäftsleitung die Möglichkeit einräumen, gemeinsam mit dem Planungsamt nach Alternativen zu suchen. Das sei der Weg, der uns gemäß unserer Hauptsatzung zusteht. Sich in wirtschaftliche Belange unserer Gesellschaft einzumischen, wo man nicht unmittelbar Beteiligter in einem Verwaltungsrat ist, sei eine schwierige Gratwanderung. Die Zusammenhänge würde er gern vor Ort erläutern. Man werde alles dafür tun, die Wünsche der Mieter zu erfüllen.

Wenn zur Bereinigung der Abriss von Gebäuden beschlossen werden muss, weine er einem seelenlosen DDR-Plattenbau nie eine Träne nach, erklärte **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**. Wenn hier der Abriss der Y-Häuser entschieden wird, würde er aus dem Bauchgefühl heraus sagen, das darf einfach nicht sein. Diese Y-Häuser prägen das Stadtbild von Dessau in sehr starkem Maße. Allerdings sei er heute nicht in der Lage, eine Entscheidung zu fällen, da ihm viele Informationen fehlen. Er kenne die Y-Häuser von innen überhaupt nicht, würde sie und die Probleme dort sehr gern einmal ansehen, um dann in Abwägung mit den Problemen der Wohnungsgesellschaft seine Entscheidung zu treffen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, er sei nicht gewillt, jetzt nur zu den Y-Häusern zu sprechen. Was er an der DWG zu kritisieren habe, betrifft nicht nur die Y-Häuser, sondern eben auch die Elballee oder andere Dinge. Ihm sei die wirtschaftliche Situation der DWG bestens bekannt und dass die DWG abreißen muss. Das ist einfach aus der Leerstandsproblematik und aus der Möglichkeit heraus begründet, sich von den unsäglichen Altschulden, die uns der Einigungsvertrag gebracht hat, zu entlasten. Das ist der einzige Weg für die DWG, um in sicheres Fahrwasser zu kommen.

Die Fragen sind doch aber, was ich abreiße und wie ich damit umgehe, also wie bereitet man die Entscheidungen vor? Wie bezieht man die Mieter in die Entscheidungen mit ein und wie reagiert man als kommunales Unternehmen auf den Hilferuf seiner Mieter? Mit Letzterem begann Herr Otto: Es gab eine Einladung von den Mietern der Elballee zu einer Versammlung vor Ort, weil den Bürgern, den Mietern, das Gesamtkonzept nicht vorgestellt worden ist, sie aber die Abrisskündigungen bekommen haben. In Einzelgesprächen ging es nur darum, wie denn ihre zukünftigen Wohnungen aussehen könnten und wo die sein könnten. Sie konnten also nicht mitdenken. Warum hat die DWG diese Chance nicht genutzt, um mit den Bürgern zu dieser Mieterversammlung ins Gespräch zu kommen? Herr Otto habe diese Einladung auch nur aus der Zeitung gelesen und ist aus Interesse hingegangen. Das erwarte er auch von der DWG, die einen Pressesprecher hat, der offiziell diese Zeitung liest. Und da gibt es auch keine Ausrede, Frau Passlack ist im Urlaub, dafür gibt es Vertreterfunktionen. Zumindest kann man sich erst einmal der Diskussion stellen und schon eine Menge Dampf herausnehmen.

Wieso werden solche für die Mieter und für die Stadt gravierenden Entscheidungen, wie der Abriss in der Elballee oder eines Y-Hauses in einer Verwaltungsratssitzung

aufgrund von Tischvorlagen oder PowerPoint-Präsentationen gefällt, ohne dass sich die Verwaltungsratsmitglieder, wie in anderen Ausschüssen und Verwaltungsräten durchaus üblich, tiefgründig mit den Zahlen und Argumenten beschäftigen konnten. Und Herr Otto setze es eigentlich bei solchen Entscheidungen voraus, dass man sich noch einmal die Situation vor Ort ansehen konnte. Er denke, dass im Fall Elballee nicht alle denkbaren Varianten, Kosten und Belegungsmöglichkeiten betrachtet wurden. So hat die jetzt vom Verwaltungsrat beschlossene Variante den Nachteil, dass eine riesige Brachfläche entsteht, die nach den Aussagen von Frau Passlack als Wohninnenhof gestaltet werden soll, dafür aber viel zu groß ist. Dafür ist auch kein Geld da und die Unterhaltungskosten oder Pflegekosten sind so hoch, dass sie niemand bezahlen kann. Würde man eine andere Variante wählen, wie sie die Mieter vorgeschlagen haben, würde es bezahlbar sein.

Sicherlich gibt es da auch Gründe dagegen, aber man müsste sie einmal betrachten. Ergibt sich eine Fläche die vermarktbar wäre, wo die DWG also noch Gelder einnehmen und Unterhaltskosten sparen könnte, und selbst wenn sie nicht gleich vermarktbar ist, nicht als Wohninnenhof gepflegt werden muss.

Herr Otto selbst habe die Aussagen zu den Y-Häusern zum Beispiel anders gehört von der SALEG. Er sei bei der SALEG gewesen und habe sich mit den Mitarbeitern unterhalten. Es gibt Untersuchungen, die bei der DWG vorliegen. Er selbst war in den Y-Häusern mit einem potenziellen Investor und habe sich das angesehen. Er war erstaunt über das, was die DWG schon hinein gesteckt hat und wie toll das Dach oben war. Er hätte nicht gedacht, dass das unsere Handwerker in Dessau so gut und dauerhaft hinbekommen haben. Daraus lässt sich etwas machen.

Es darf nicht passieren, dass so ein Haus, das Stadtbild prägend ist, abgerissen wird. Wenn sich aus diesem Impuls heraus ein potenzieller Investor findet, der sich dort in die Verantwortung begeben und Gebote abgeben will, dann ist das schon ganz beachtlich.

Und das was die Privaten können, sollten auch unsere kommunalen Unternehmen können, zumal Herr Otto vor Monaten schon einmal die Geschäftsführerin darauf angesprochen habe, dass das Tourismuskonzept des Bauhauses vorsieht, die DDR-Architektur in die Bauhaus-Architektur mit einzubeziehen. Er habe ihr deshalb den Hinweis gegeben, dies zum Anlass zu nehmen, für das Laubenganghaus, also die Scheibe-Nord, das DDR-Architekten entwickelt haben, als das Bauhaus in der DDR totgeschwiegen wurde, oder eben auch für die Y-Häuser Sonderförderung beim Land zu beantragen. Das könne man aber nur mit der Stadt gemeinsam machen. Aber da gibt es Mittel und Wege. Auch jetzt gibt es Fördermöglichkeiten von 40 % und auch Mittel und Wege, wie man das realisieren kann. Er bezweifle nur, dass das wirklich alles ausgelotet worden ist.

Außerdem habe **Herr Otto** zu kritisieren und zu bezweifeln, dass zu einer solchen Entscheidung, ein Y-Haus herauszunehmen, wegzubrechen aus diesem Stadtbild, das Stadtplanungsamt die Zustimmung gegeben hat und dass überhaupt ein städtisches Gremium, also ein zuständiger Ausschuss oder Beirat beteiligt wurde.

Es würden die ehrenamtlichen Politiker, auch die Beiratsmitglieder, die noch nicht einmal Stadträte sind, damit beschäftigt, wie private Investoren ihre Zäune zu gestalten, ihre Fassaden anzumalen und aufzuteilen haben. Darüber wird lang und breit diskutiert. Und es wird nicht die Zeit gefunden, ob solche Grundsatzentscheidungen, ob ein Y-Haus weggebrochen wird und damit wahrscheinlich der Anfang gesetzt wird

für alle, wirklich aus städtischer und stadtplanerischer Sicht gewollt werden. Das könne er einfach nicht akzeptieren.

Er fordere hier einfach nochmals, dass dieses Thema in den zuständigen Ausschüssen auch vom Stadtplanungsamt vorgetragen wird und man darüber diskutieren könne. Der Antrag von Frau Müller geht heute sicherlich nicht und auch nicht in der Form hier durch. Aber der Stadtrat könnte sich schon über die Entscheidung des Verwaltungsrates hinwegsetzen. Herr Otto könne der DWG nur empfehlen, sich schon um Alternativen zu kümmern. Er finde die Initiative, beim Landesamt für Denkmalpflege die Denkmalwürdigkeit zu beantragen, ausgezeichnet. Darüber habe er auch schon nachgedacht, weil das uns ein ganzes Stückchen weiterbringen könnte. Wir wollen aber nicht, dass ein Y-Haus abgerissen wird und dass man so mit unseren Bürgern umgeht. Sein Appell wäre also, in den Ausschüssen darüber zu diskutieren und zwar möglichst kurzfristig, evtl. auch in einer Sondersitzung.

Der Vorsitzende des Stadtrates, **Herr Dr. Exner**, verwies auf den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Weber:

Herr Weber, CDU Fraktion, betonte, wenn hier ernsthafte Antworten gegeben werden sollen, habe das im nicht öffentlichen Teil zu erfolgen. Es gehe um geschäftsinterne Dinge unserer Gesellschaft. Wir haben auch noch andere Gesellschaften in dieser Stadt, die uns nicht gehören und die werden sich hinterher die Hände reiben, wenn wir womöglich hier geschäftsinterne Dinge preisgeben, wo sich unsere Konkurrenten auf dem Markt darauf einstellen können. Wir können hier nicht öffentlich darüber diskutieren.

Herr Dr. Exner richtete die Frage an Herrn Weber, ob er einen Geschäftsordnungsantrag stelle. Wenn er wolle, dass im öffentlichen Teil noch Stellung genommen und nachher im nichtöffentlichen Teil fortgesetzt werden soll, müsse er beantragen, Nichtöffentlichkeit herzustellen. Allerdings sei dies aus seiner Sicht im Moment sehr schwierig aufgrund der hier anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Wenn kein Antrag kommt, erteile er an Frau Lohde das Wort, bitte aber alle, ihre Beiträge möglichst kurz zu halten. Er wolle jetzt keine Diskussion eröffnen, wie sie an sich im Rahmen von Beschlussfassungen gemacht wird.

Frau Lohde, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte fest, sich schon einmal positioniert zu haben. Sie habe ebenfalls gefordert, die Kündigungen vorerst zurück zu nehmen. Das hat damit zu tun, dass sie denke, dass hier einiges in der Kommunikation falsch gelaufen ist und es ein Schock war, dass ausgerechnet die Y-Häuser Thema des Abrisses sein können.

Allerdings habe die DWG die Aufgabe, nicht nur in diesem Fall, sondern auch in all den vielen Fällen, wo so viel abgerissen wurde, diese Gespräche zu führen. Es ist sicherlich keine einfache Aufgabe, die Mieter zu bewegen auszuziehen und es ist nicht das erste Haus und wird auch nicht das letzte sein. Die Y-Häuser haben aber einen besonderen Status. Man kann über ihre Wichtigkeit streiten.

Schon 2008 haben sowohl die DWG und als auch die Mieter ihre Türen geöffnet und wir haben uns diese Häuser angeschaut. Frau Lohde habe das damals initiiert, da es seit Jahren darum geht, dass Planungen und Konzepte gefunden werden, diesen unsanierten Zustand mitten in der Stadt beenden zu können. An diesem Thema hat sich bis heute leider nichts geändert.

Frau Lohde schlage vor, diese Kündigungen erst einmal auszusetzen. Sie sage ganz deutlich auch an die Mieter: Diese Kündigung läuft. Sie ist nicht ausgesetzt, sie ist nicht zurückgenommen. Sie können sich also nicht sicher sein, dort bleiben zu können. Vermieter ist die DWG, ein städtisches Unternehmen, und kein Investor. Und darüber können sie froh sein.

Mieter und Vermieter sollten jetzt einen gemeinsamen Weg finden und das sollte offen funktionieren. **Frau Lohde** wisse, dass die DWG sehr viele Planungen gemacht hat und sie kann Frau Passlack nur raten: „Legen Sie diese Planungen offen, damit wir gemeinsam diskutieren können, ist es zu teuer, ist es nicht möglich, gibt es Möglichkeiten zu investieren, gibt es einen Weg. Wir sollten gemeinsam diesen Weg der Kommunikation pflegen und zum Schluss zu einem Konzept kommen.“

Ob der Abriss eines, zwei oder drei Häusern, oder keines, heißt trotzdem, dass diese Gebäude unsaniert da stehen. Das ist auch für die Mieter keine Lösung. Wenn ein oder zwei oder drei Häuser verkauft werden, dann sind die immer noch nicht saniert und die Mieter wissen auch nicht, was auf sie zukommt. Frau Lohde kann also kein Konzept erkennen, wenn gesagt wird, ich reiße eins ab und zwei erhalte und verkaufe ich. Das Verkaufen hat bisher nicht funktioniert. **Frau Lohde** erwarte, dass wir gemeinsam zu einem Konzept kommen. Dazu gehört die DWG, der Verwaltungsrat und der Mieter und meinethalben der Bauausschuss. Aber es sollte nicht nur gesprochen werden, sondern Fakten auf den Tisch und offen gelegt werden, was bis jetzt gemacht wurde.

Als Mitglied des Aufsichtsrates meldete sich **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, zu Wort und erklärte, diesen Maßnahmen zugestimmt zu haben. Die DWG hat bisher Wohnungen in Größenordnungen abgerissen und mit den Mietern vorher langfristig gearbeitet. Es gab in großen Objekten langfristig weitgehend kaum Probleme. Jetzt hatten wir kurzfristig die Möglichkeit, noch einmal in Größenordnungen die DWG zu entschulden. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln gibt es nicht nur die Möglichkeit, die DWG zu entlasten, sondern auch genügend Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, den Mietern im Rahmen der DWG Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die saniert sind und dies unter den sozialen Aspekten, wie es keine andere Gesellschaft hier in Dessau leisten kann, dass beim Umzug geholfen wird.

Dass das mit der Kommunikation, Frau Lohde hat es eben gesagt, daneben lief, wurde innerhalb des Aufsichtsrates hart diskutiert und wir haben dort auch unsere Meinung geäußert. Jetzt haben wir eventuell eine andere Option, doch Herr Puttkammer sage ganz ehrlich, die DWG hat natürlich Interesse, ihre Mieter zu behalten, aus rein wirtschaftlichen Gründen. Sie wird Wohnungen anbieten. Und wenn wir jetzt die Chance haben, Wohnungen anzubieten, die im Verhältnis besser ausgestattet und renoviert sind, dann ist das durchaus auch für den einzelnen Mieter ein Vorteil.

Wenn jemand sagt, die Häuser müssen unbedingt stehen bleiben, könne er damit leben, wenn er ihm gleichzeitig sagt, wie er das finanzieren will, damit sie nicht als Schandfleck stehen bleiben. Denn auch solche Vorschläge sind schon gekommen: „Ziehen Sie die Mieter aus den Häusern raus und lassen Sie es als grüner Turm stehen.“ Auch solche Architekten gibt es.

Wenn man über Zahlen reden wolle, könne man das nicht hier machen. Denn das würde die DWG ganz massiv benachteiligen. Wir diskutieren auch nicht, ob die DVV die Strompreise erhöhen muss oder nicht. Das ist Sache der DVV und so sollten wir auch hier ganz ruhig überlegen und Entscheidungen treffen, die letztendlich der

DWG als Gesamtes und somit auch der Stadt hilft zu überleben. Wir haben die DWG über Jahre hinaus mit Sachen belastet, die für die Mieter nicht unbedingt direkt zum Vorteil waren. Jetzt müssen aber auch die Stadträte sagen, wie wir das Ganze finanzieren wollen, wenn wir die DWG in ihren Entscheidungen beschneiden. Für die Mieter kann ich nur sagen, wir versuchen unser Bestes, damit die sozialen Aspekte für sie persönlich zum Tragen kommen. **Herr Puttkammer** könne ihre Verärgerung über die Art und Weise, wie das bisher entstanden ist, verstehen. Aber er denke auch, die DWG hat begriffen, dass sie viel aktiver werden muss.

Herr Jürgen Centini führte aus, seit 45 Jahre in der Elballee zu wohnen. Er freue sich, dass es ihm möglich ist, vor diesem Gremium sprechen zu können. Bisher wurden bei allen Fragestellungen der Bürger über den Abriss in der Elballee, der für sie sowieso völlig unverständlich ist, keine klaren Aussagen gemacht. Ihm sei es wichtig zu wissen, wer eigentlich derjenige ist, der als erster angerührt hat, ausgerechnet ein gestandenes Wohngebiet und Wohnblöcke, die in bester Wohnlage stehen, abzureißen. Es sind altersmäßig zwei wunderbare Häuser, zwei Stockwerke, Grünanlagen, Gärten, Garagen, Parkplätze - alles ist da. Herr Centini fragte nach einem Grund, warum ausgerechnet diese beiden Blöcke weg sollen. Das sei unbegreiflich und kann überhaupt keiner verstehen. Er habe Verständnis, dass die DWG sich sanieren muss. Doch die Fördermittel nicht blind einsetzen und einfach abreißen. Dann ist ein grüner Schandfleck da.

Unverständlich sei ebenso, dass die Gärten bleiben sollen. Was nützen den Mietern die Gärten, wenn sie dann woanders wohnen. Auch die Garage nützt letztendlich auch nicht viel, weil die Wege zu weit werden. Manche Mieter wohnen seit 60 Jahren in ihren Wohnungen. Das sind an sich schöne Wohnungen in der Elballee, die Bau-substanz ist völlig in Ordnung. Es gibt auf eigene Kosten selbst sanierte Wohnungen. In den Blöcken vorn an der Elballee sind Wohnungen, die von der DWG bereits saniert wurden. Den Sanierungspreis hat man geschätzt mit ca. 20.000 € pro Wohnung. Da würden Hunderttausende in die Luft geschossen, was die Stadt doch nicht zulassen kann. Es ist der absolute Wahnsinn, was hier betrieben wird. Man könne abreißen wo man will, aber doch nicht ein solch gestandenes Wohnviertel auseinander reißen.

Was Herr Otto angesprochen habe, beruht auf einem Vorschlag von Herrn Centini, nämlich einen Teilabriss durchzuführen und die hinteren Blöcke wegzunehmen und die Mieter nach vorn zu nehmen, was mit diesen Mietern sogar abgesprochen wurde. Sie kämen direkt in sanierte Wohnungen. Man biete uns Wohnungen an aber mit dem Hinweis, dass sie aber unsaniert ist und erst saniert werden muss. Für die Mieter sind das Sachen, die sie nicht nachvollziehen können.

Herr Centini berichtete, nur noch schlaflose Nächte zu haben und die Entscheidung letztendlich nicht mittragen zu können. Vor allem könne er nicht verstehen, dass der Aufsichtsrat oder der Verwaltungsrat einstimmig beschließt, das wird abgerissen. Das ist eigentlich für ihn untragbar. Man hätte sich zumindest mal bei uns Mietern sehen lassen und sich vor Ort die Gegebenheiten ansehen müssen. Dann wäre man wahrscheinlich zu einer anderen Meinung gekommen. Denn die Leute, die sich während unserer Mieterversammlung bei uns umgesehen haben, was wir alles schon in Bewegung gesetzt haben, um das zu erhalten, können das alles nicht begreifen. Und die Dessauer können es auch nicht begreifen, weil das ein geschlossenes Wohngebiet ist. Es wäre für ihn ein ausgesprochener Schildbürgerstreich in Dessau.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner, schlussfolgerte, die Argumente würden sowohl als Verwaltung und auch als Rat mitgenommen werden. Es wird heute nicht die letzte Diskussion zu dieser Thematik sein und uns die nächsten Wochen noch beschäftigen.

Herr Dr. Peter Kreßner ergriff nochmals das Wort und bezog sich auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters zur Bereitstellung von 2 Mio. € für den Abriss von Gebäuden in Dessau. Er fragte, wie er das behaupten kann, wenn der Abrissantrag noch nicht genehmigt wurde und wann und in welcher Höhe der Abrissantrag gestellt wurde.

Richtig stellend merkte **Herr OB Koschig** an, nicht nur von den Y-Häusern gesprochen zu haben, sondern insgesamt von der Situation der DWG. Ende 2013 endet die Altschuldenregelung. Uns wurden 2 Millionen zugesagt, aber kein konkreter Fördermittelbescheid und jetzt müssen die Anträge objektkonkret gestellt werden. Dies alles ist in der Diskussion im Verwaltungsrat. Er habe aber nicht über konkrete Objekte gesprochen. Die zwei Millionen betreffen also jede Menge Wohnungen in der gesamten Stadt.

Herr Koschig habe vor drei Wochen mit den zuständigen Beigeordneten gesprochen, inwieweit wir die Öffentlichkeitsarbeit, die bisher die DWG versucht hat in Ruhe und Stille mit den konkreten Objekten durchzuführen, noch einmal deutlich korrigieren und die komplette Liste in die öffentliche Diskussion bringen sollten. Um es einmal so salopp sagen, machen die Mieter gerade einen Leidensdruck durch, weil sie ganz konkret jetzt eine Kündigung bekommen haben. In der gesamten Stadt ist aber noch etliches abzureißen, damit wir entlastet werden von diesen Altschulden, damit die DWG weiterhin ihren sozialen Auftrag erfüllen kann, und da sei Herr OB Koschig dankbar für die Äußerungen der Stadträte. Was nützt es denn, wenn wir alles Geld hinein stecken - und die Y- Häuser kosten allen Mietern und Mieterinnen unser DWG jedes Jahr 100.000 €. Wir machen bei der Bewirtschaftung der Y-Häuser jedes Jahr 100.000 € Verluste, die tragen wir über die Gesamtgesellschaft. Das heißt, diese soziale Aufgabe muss die DWG auch weiterhin wahrnehmen können und dazu muss sie wirtschaftlich in der Lage sein. Und es nützt gar nichts, wenn wir an einzelnen Stellen genau das tun, was jetzt viele von uns wollen, aber insgesamt die DWG in die Insolvenz führen. Das kann doch niemand wollen, dass ...

An dieser Stelle unterbrach der Vorsitzende des Stadtrates, **Herr Dr. Exner**, den Oberbürgermeister mit dem Hinweis, dass dieser sich schon sehr weit im Bereich der Interna befinde. Er habe für die Einwohnerfragestunde bereits über 40 Minuten zugelassen, weil das schon ein Thema ist, welches Bürger und Bürgerinnen sowie Stadträte und Stadträtinnen bewegt. Herr Dr. Exner fragte nach weiteren dringenden Anfragen seitens der Bürger, um im Anschluss die Fragestunde beenden zu wollen.

Zu Wort meldete sich **Frau Hildegard Wiczonke**. Sie wohnt seit 3 Jahren im Y-Haus Friedrichstraße 17 und habe sehr viel Geld dort investiert. Die Wohnung war ihr vor drei Jahren von Frau Mehnert von der DWG angeboten worden. Nun bitte sie um eine Antwort, die der Wahrheit entspricht, da es eine furchtbare Situation sei und sie keine Nacht mehr schlafen könne. Sie habe eine zauberhafte Wohnung und möchte sie nicht verlieren. Sie bitte für alle drei Y-Häuser um eine ehrliche Antwort, wonach man sich auch richten könne.

Herr Dr. Exner stimmte Frau Wiczonke zu, dass Klarheit geschaffen werden muss und fragte nach weiteren Wortmeldungen/Anfragen, die nicht diese beiden Themen betreffen. Nachdem er feststellte, dass das nicht der Fall ist, beendete er die Einwohnerfragestunde an dieser Stelle. Er bedankte sich allseits für die Redebeiträge und sicherte zu, dass dieses Thema in Rat und Verwaltung noch diskutiert werden wird.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Information zur Sicherheitslage der Stadt Dessau-Roßlau

Berichterstattung durch Herrn POR Berger, Leiter des Polizeireviers Dessau-Roßlau

Herr Berger bedankte sich für die erneute Gelegenheit, im Stadtrat die polizeiliche Lage der Stadt Dessau-Roßlau darzustellen. Es gebe immer Fragen, die sich um die Kriminalitäts- und Verkehrslage ranken und die natürlich immer unterschiedlich interpretiert werden. Die Polizei allein sei nicht in der Lage, die öffentliche Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt zu gewährleisten. Seine Dankesworte richtete er an die Ämter dieser Stadt, mit denen eine sehr enge und kooperative Zusammenarbeit gepflegt wird, z. B. bei der Verkehrslenkung, wo sie ein Mitspracherecht hat. Die Verantwortung liege aber auch bei den Bürgern, denen er ebenfalls für ihre Mitarbeit dankte. An die Bürger der Stadt gewandt, erklärte Herr Berger, es nütze der Polizei nicht, wenn anonym auf einen Missstand hingewiesen wird, denn die Anonymität könne nur die Staatsanwaltschaft zusichern, aber nicht die Polizei. Diesbezüglich sei man handlungsunfähig. Es könne zwar aufgenommen, bearbeitet und weitergegeben werden, aber am Zustand ändert sich nichts. Deshalb bitte er die Bürger, Flagge zu bekennen und zu sagen, dort ist ein Missstand, auch wenn es manchmal schwer ist, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen, weil vielfach auch Ängste durch Medien geschürt werden und es Anschläge oder dergleichen gegen denjenigen gibt. Allerdings habe Herr Berger noch kein einziges Mal von einem Racheakt eines Straffälligen oder Jugendlichen gehört, der gegen einen Anzeigenden verübt wurde. Es mag ein subjektives Gefühl geben, dass man schief angesehen wird und vielleicht auch Äußerungen. Aber er habe es nie richtig erlebt, dass es wirklich zu Handgreiflichkeiten oder Ähnlichem gekommen ist.

Zur **Personalentwicklung** des Polizeireviers der Stadt Dessau-Roßlau kommend, stellte Herr Berger die Zahlen per 30.08.2012 dar, da es aus organisatorischen Gründen mit der Darstellung der Lage 2011 etwas spät geworden ist.

Derzeit verfügt das Polizeirevier über 155 Polizeivollzugsbeamte. Davon sind 96 Schutzpolizisten, 56 Kriminalisten, 20 Polizeiverwaltungsbedienstete, 3 Kollegen sind in Altersteilzeit. Das entspricht einer Polizeidichte von 1:554 vergleichbar mit allen Flächenrevieren, die im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost vorhanden sind. Die Krankheitsquote entspricht 12 %.

Die Langzeitentwicklung des **Verkehrsunfallgeschehens** stellte Herr Berger vor, um den Trend zu sehen. In 2012 hatte man eine Senkung der Verkehrsunfälle zu verzeichnen, mit Stand zum 30.08. befindet man sich aber insgesamt wieder mit 33 im Plus, erfreulicherweise minus 4 Schwerverletzte und minus einem Getötetem, allerdings gibt es 13 Verletzte mehr.

Auch in der **Kriminalitätsbekämpfung** konnte erfreulicherweise der Trend 2011 fortgesetzt werden. Leider müsse er berichten, dass per 30.08.12 im Eingang 590 mehr Ermittlungsverfahren bestehen, sprich PKS relevant 333, was heißt, dass diese Entwicklung jetzt irgendwo wieder leicht abgefangen wird.

Erfreulicherweise konnte die Aufklärungsquote auf 60,4 % erhöht werden. Wenn unsere polizeilichen Ermittlungserfolge weiter so gehen, werde diese Zahl noch weiter steigen können, weil es immer darum geht, wie der Anteil der Tatverdächtigen zu sehen ist. Deshalb wolle er die Verteilung darstellen:

Wir haben zum 30.08. insgesamt 2.334 Tatverdächtige ermittelt, davon sind 156 (6,7 %) nicht Deutsche. Wir haben 4 % Kinder, 7 % Jugendliche, sprich 166 und wir haben 8 % Heranwachsende, sprich 193. Das heißt, wir haben es geschafft, im Jahr 2011 auf 22,4 % an **Jugendkriminalität** zu kommen und sind derzeit bei einem Stand von 19,5 %. Das heißt, wir können die Jugendkriminalität nach wie vor weiter senken.

Wie Herr POR Berger bereits im vorigen Jahr ausgeführt hatte, seien eigentlich die Mehrfachintensivtäter das Hauptproblem. Wir sind derzeit bei 455 Jugendlichen und Heranwachsenden. Von diesen 455 Jugendlichen und Heranwachsenden sind 137 Mehrfachtäter, sprich bis 9 Ermittlungsverfahren und 11 Intensivtäter. Erfreulicherweise konnten wir 182 Vermittlungen zur Jugendprävention weiterleiten.

Im Bereich **Straßenkriminalität** habe man derzeit ein Minus von 412. Auf eine Aufklärungsquote von 42 % in diesem Bereich zu kommen, werde nicht ganz gelingen, aber die Entwicklung werde zeigen, inwieweit mehrere größere Verfahren vielleicht doch diesen Teil weiter senken. Auch im Bereich der sogenannten **Rohheitsdelikte** (Raub/Räuberische Erpressung und Körperverletzung) ist eine Senkung zu verzeichnen, die sich in diesem Jahr fortsetzt.

Ein Hauptproblem in dieser Stadt ist die **Betäubungsmittelkriminalität**, welche jedoch auch im Jahr 2011 gesunken ist. Mit Stand 30.08.2012 haben wir gegenüber Ende 2011 ein Plus von 141 Verfahren, d. h. 214 im Gesamtbestand. Diese Zahlen werden in diesem Jahr nicht erreicht, sondern werden wesentlich höher liegen, denn aufgrund akribischer Ermittlungstätigkeit sei es gelungen, Konsumenten und Händler namhaft zu machen. Das spiegelt sich in diesen steigenden Zahlen und der Gesamtsituation in dieser Stadt wieder, d. h., je mehr man Konsumenten und Händler namhaft machen und einer gerechten Verurteilung zuführen kann, werde sich das Problem des BtM-Handels hier in Dessau-Roßlau zeigen.

Herr Berger verwies auf die **Besonderheiten**, wie Diebstähle, dav. Ladendiebstähle, Diebstähle unter besonderen Umständen und dergleichen. Man sehe auch hier einen Abwärtstrend.

In Einschätzung der Kriminalitätsslage sehe man, dass der Abwärtstrend bis 2011 kontinuierlich weiter besteht. Man habe jetzt in Teilbereichen einen Anstieg, der sich aber eher für die Sicherheit der Stadt auswirkt als negativ. Man habe die genannten Konzepte, die voriges Jahr schon ausgeführt wurden, insbesondere in den Bereichen der Verhinderung schwerer Raubtaten und Delikte des besonders schweren Falls des Diebstahls und auch der Betäubungskriminalität erfolgreich durchsetzen können.

Durch die intensive **kriminalistische Ermittlungsarbeit** im sogenannten SG 4, sprich Jugendkriminalität und BtM, konnten insgesamt 2 Tätergruppen mit 8 Tatverdächtigen und 67 Delikte, insbesondere Sachbeschädigung durch illegale Graffiti,

zugeordnet werden, die einen Gesamtschaden von ca. 50.000 € verursacht haben. Einer der 8-köpfigen Tätergruppe befindet sich in Haft. Zurzeit habe man eine sehr umfangreiche Graffiti-Sammlung, so dass es möglich ist, schnell Täter zuzuordnen und dann auch entsprechend zu reagieren.

Das sei aber nur die Verkehrs- und Kriminalitätsslage.

Im Jahr 2011 hatte man 46 **Einsätze mit überplanmäßigem Personaleinsatz**, teilweise mit mehreren Hundertschaften, zuzüglich 118 Einsatzaufträge. Herr Berger verwies auf eine kleine Auswahl dieser Einsätze sowie der bis 30.08.2012 absolvierten, bei denen bis zum jetzigen Zeitpunkt insgesamt 46 Einsätze und 76 Einsatzaufträge realisiert wurden. Hauptschwerpunkt waren die Ereignisse am Anfang des Jahres bis zur Besetzung des Rathauses am 07.02.2012 sowie die Absicherung des Sachsen-Anhalt-Tages mit insgesamt 6.125 Mannstunden gemeinsam mit der Stadt und dem Organisationsbüro, Herrn Kuras. D. h. man war hier in Größenordnungen tätig, nämlich mit über 600 Polizeivollzugsbeamten, die an den 3 Tagen rund um die Uhr im Dienst waren.

Abschließend erklärte **Herr Berger**, für Fragen zur Verfügung zu stehen und bedankte sich für die Aufmerksamkeit, verbunden mit der Hoffnung, gemeinsam für ein sicheres Dessau-Roßlau zu kämpfen.

Anfragen an Herrn Berger gab es nicht. **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, bat Herrn Berger, den Bericht digital dem Präsidium zur Verfügung zu stellen, was Herr Berger zusagte. Herr Dr. Exner erklärte, bei Bedarf diesen an die Fraktionen weiterzugeben. Er dankte Herrn Berger für die Berichterstattung.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs (Thema der Y-Häuser) wurde der TOP 7.2 direkt anschließend an die Einwohnerfragestunde durchgeführt und 7.1 vorerst zurück gestellt.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner erteilte Herrn Otto das Wort.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erinnerte an seine Frage an die Verwaltung, warum das Planungsamt die Zustimmung gegeben hat, ohne vorher die zuständigen Ausschüsse zu beteiligen. Vielleicht liegt es daran, dass der Verwaltungsratsvorsitzende auch der zuständige Dezernent ist. Aber das sei eine Vermutung und dass dieser bis heute kein Gefühl für diese Stadt entwickelt hat, sonst wäre er nicht auf die Idee gekommen ein Y-Haus wegzureißen. Das sei sein Statement dazu.

Betreffs der Aussage von Herrn Puttkammer, dass die DWG um jeden Mieter ringt, um ihr Mieterpotenzial zu halten, wolle Herr Otto aber ein anderes Beispiel anführen. Die DWG hat ein Haus in der Liebknechtstraße verkauft, wie mir Frau Passlak sagte, an die Wohnungsgenossenschaft und die DWG hätte zu der Zeit nicht gewusst, dass diese das Haus hinterher abreißt. Die Mitarbeiter der DWG haben aber den Mietern das schon vorher gesagt. Also könne es nicht so sein, dass die DWG nichts davon gewusst hat. Hier sei Herr Otto dann auch wieder bei der Frage; Wahrheit und Klarheit? Und jetzt passiert folgendes: die Leute haben 38 Jahre lang treu ihre Miete an die DWG gezahlt und müssen sich neuen Wohnraum suchen, weil abgerissen wird und der von der Genossenschaft angebotene Wohnraum ihnen nicht zusagt und sie

ziehen zur DWG zurück. Herr Otto hätte an Stelle der DWG von Anfang an Angebote gemacht, wenn die Mieter wieder zur DWG kommen, bestimmte Aufwendungen zu bezahlen, um sie zu halten. Stattdessen sagt man jetzt, ihr seid ja nicht mehr unsere Mieter. Das sei das, was er jetzt einfach kritisiere. Die Leute bezahlen ihren Umzug selber und kaufen sich eine neue Küche, die sie sonst nicht gebraucht hätten. Dann haben sie einen Vorvertrag für eine Wohnung am Bauhausplatz zum 01.09. und erfahren nur nebenbei auf der Straße, dass der 01.09. nicht zu halten ist und es wohl der 01.10. wird.

Was das für Bürger, die auch im Rentenalter und 38 Jahre lang Mieter bei der DWG waren, bedeutet und um den Umgang der DWG mit den Mietern darzustellen, wollte Herr Otto dies hiermit einmal deutlich machen. Er sei nicht gegen die DWG, ganz im Gegenteil, die DWG ist ein ganz wichtiges Unternehmen für diese Stadt, um bestimmte Probleme auch hier zu lösen. Sie habe einen riesigen Beitrag geleistet für den Stadtbau, er kritisiere aber hier den Umgang mit den Mietern.

Herr Exner merkte zu den ihm noch vorliegenden Wortmeldungen an, hier könne jetzt aber nicht zu diversesten Ordnungspunkten der DWG-Geschichte diskutiert werden. Auf der Rednerliste zur DWG stünden noch Frau Angela Müller, Herr Weber und Herr Ehm.

Frau Müller, SPD-Fraktion, führte ebenfalls ein Beispiel des Umgangs der DWG mit den Mietern an. Eine ältere Dame, ca. 75/76 Jahre alt, sei zur DWG gegangen und bat darum, dass die Fenster saniert werden, da diese undicht seien und sie sehr hohe Heizkosten habe. Ihr wurde von einer Mitarbeiterin zur Antwort gegeben, schräg gegenüber sei doch betreutes Wohnen und da sind die Fenster dicht. Dies sei eine Unverschämtheit und würde auch durch die Dame bezeugt werden.

Jetzt frage sich Frau Müller, warum eigentlich so selten über den Investor gesprochen wurde, der interessiert ist die Y-Häuser zu kaufen und zu investieren. Dies spreche sie im nichtöffentlichen Teil nochmals an.

Herr Dr. Exner erteilte zur DWG des Weiteren Herrn Weber das Rederecht, bevor Herr Dr. Raschpichler antwortet.

Herr Weber, CDU-Fraktion, richtete sich an Herrn Otto und bat, die Personen, die das gesagt habe, sollten sich dazu bekennen, damit man das auch schriftlich bekomme und man es in den Verwaltungsrat mitnehmen kann. Er kenne eigentlich keinen, der das so behaupten kann. Herr Weber betonte ausdrücklich, diese Gesellschaft hat sich verdient gemacht in dieser Stadt. Herr Otto wisse selbst, dass er viele Jahre kritisiert habe, dass er und der damalige Baudezernent die Gesellschaft oft genug gezwungen haben, städtebauliche Dinge vor betriebswirtschaftlichen Erwägungen umzusetzen. Das hat der Gesellschaft auch manchen € gekostet. Ich sage nicht, dass damit falsch entschieden wurde, aber die Gesellschaft hat all diese städtischen Dinge immer tragen müssen. Und die Gesellschaft hat immer sozial gehandelt, was Umzüge und die Verantwortung für die Mieter anging. So hat die AWG sich nicht rein gehängt. Es kann nicht angehen, dass wir unsere eigene Gesellschaft im öffentlichen Teil, hier in dieser Form darstellen, wie es hier eben geschehen ist.

In seinem Schlusswort führte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** aus, gern die Worte von Herrn Weber nochmals aufgreifen zu wollen und zum Ausdruck zu bringen, dass der Vorschlag, die Angelegenheit jetzt im Bauausschuss unter anderen

Aspekten, städtebaulichen Aspekten, noch einmal zu diskutieren, ein guter Vorschlag ist.

Im Rahmen dessen, was der Verwaltungsrat an Verantwortung für die DWG übernommen hat, hat der Verwaltungsrat seiner Einschätzung nach sachgerecht entschieden. Deshalb sei auch seine Bitte an Herrn Schönemann, auch den Verwaltungsrat weiterhin in seiner Funktion zu stärken und genau diese Interna, die ja wichtig sind, in diesem Gremium zu beraten, auch konkrete Mieterbeschwerden. Darum werde gebeten, damit wir auf die DWG Einfluss nehmen können. Seine herzliche Bitte ist, jetzt auch in den folgenden Beratungen, entsprechend der Zuständigkeit, Stadtplanung und Stadtentwicklung, dieses zu diskutieren und bitte nicht die Interna der DWG. Der Verwaltungsrat sei in dieser Zuständigkeit zu stärken.

Für weitere Beiträge im Tagesordnungspunkt Sonstige Anfragen und Mittelungen erteilte **Herr Dr. Exner** das Rederecht.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, führte an die Stadträte, Herrn Oberbürgermeister und Gäste gerichtet aus: „Ich habe Antwort bekommen von Innenministerium Sachsen-Anhalt zu einer Angelegenheit, die sich hier in unserem Stadtrat zugetragen hat und möchte Ihnen folgende Mitteilung machen. Erinnern wir uns, in der Stadtratssitzung am 6. Juni 2012 hat Stadtrat Dreibrodt form- und fristgerecht den Antrag eingebracht, den Stadtrat darüber befinden zu lassen, die Sonderstadtratssitzung zum Masterplan Bauhausstadt Dessau im Rathaus Roßlau stattfinden zu lassen. Der Stadtratsvorsitzende Herr Dr. Exner hat diese Vorlage auch TOP 15.17 auf der Tagesordnung der Sitzung platziert. Umso größer war das Erstaunen, dass Dr. Exner zu Beginn der Stadtratssitzung plötzlich erklärt, er müsse meine Beschlussvorlage von der Tagesordnung nehmen, da sie unzulässig sei. Obwohl ich damals schon dieser Behauptung keinen Glauben schenken konnte, habe ich mich, wie sich jetzt erwiesen hat, dämpfen lassen und daraufhin meine Vorlage zurückgezogen. Allerdings nur unter Protest und mit der Ankündigung, dass ich das kommunalrechtlich überprüfen lasse.

Das habe ich getan beim Innenministerium in Sachsen-Anhalt, Referat Allgemeines Kommunalrecht. Ich musste zwar länger warten und mehrmals nachfragen, aber die Antwort kam, eine positive für mich. Hier kurz aus dieser Antwort des Innenministeriums: Die Festlegung der Tagesordnung und die Einberufung der Sitzung des Gemeinderates erfolgen nach § 51 Abs. 4 usw. unserer Kommunalordnung durch den Vorsitzenden des Gemeinderates in Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Unter die Einberufungszuständigkeit im Sinne der vorstehenden Regelung fällt auch die Festsetzung von Ort, Tag und Stunde der Gemeinderatssitzung. Das Antragsrecht des einzelnen Mandatsträgers nach § 42 umfasst auch die Befugnis, die Aufnahme eines Verhandlungsgegenstandes in die Tagesordnung zu verlangen. Der Aufnahme eines TOP, der den Ort einer außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates zum Gegenstand hat, begegnen keine rechtlichen Bedenken bezüglich des Sitzungsortes. Als innere Angelegenheit des Gemeinderates steht es diesem frei, sich mit dieser Frage zu befassen. Insofern wird hier von der Zulässigkeit eines entsprechenden Antrages ausgegangen.

Das heißt; Herr Dr. Exner, Sie haben im Stadtrat am 6. Juni die Unzulässigkeit meines Antrages zu Unrecht erklärt, ob vorsätzlich oder aus Unkenntnis ist unerheblich. Ich werde mir auf jeden Fall von Ihnen keinen Antrag mehr verbieten lassen. Der Sonderstadtrat Masterplan Bauhausstadt ist vorbei. Die Chance, dass die Stadtrats-

sitzung im Rathaus Roßlau stattfindet, ist vertan. Besonders traurig ist die Tatsache, dass seit dem Zusammenschluss unserer Städte zur Doppelstadt Dessau-Roßlau, also seit fünf Jahren, keine einzige Stadtratssitzung in Roßlau stattfand, obwohl jährlich eine Stadtratssitzung in Roßlau zur Fusion vereinbart und versprochen war. Wir wollen aber nicht so pessimistisch sein, wenn die Sonderstadtratssitzung zum Masterplan Bauhausstadt wiederholt wird, kündige ich jetzt schon einen erneuten Antrag an, diese Sitzung in Roßlau stattfinden zu lassen. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner bedankte sich bei Herrn Dreibrodt. Auch dazu werde er in der nächsten Stadtratssitzung Stellung nehmen. Er könne sich aber soweit noch erinnern, dass er genau das vorgetragen hatte, was er beim Überfliegen des Textes auch lese, dass es eine Sachzuständigkeit des Oberbürgermeisters und des Stadtratsvorsitzenden ist, wie und wohin er die Stadtratssitzungen einlädt. Er werde es aber nochmals prüfen und hier dann auf die Sache zurückkommen.

In ihrer Wortmeldung bezog sich **Frau Lütje, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf die Thematik Kürzung der Mittel für das Anhaltische Theater. Hier unterbrach sie der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** mit dem Hinweis auf die Unzulässigkeit, da dies Gegenstand der Beschlussfassung dieser Tagung (TOP 8.3) ist und sie sich innerhalb dieses Punktes dann positionieren könne.

Die Bemerkung zum Generalintendanten im Bericht des Oberbürgermeisters habe sie etwas deplaziert empfunden, erklärte **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**. Sie möchte an dieser Stelle dazu keine weiteren Ausführungen machen, aber angesichts der Aktivitäten, die das Anhaltische Theater selbst entwickelt hat, anlässlich des Beschlusses, den wir im Rat gefasst haben, hätte es sich auch geziemt, dass wir uns komplett hinter den Generalintendanten stellen, auch wenn manchmal Worte im Gefecht fallen, die sicherlich nicht immer ganz eindeutig sind.

Die Frage an den Oberbürgermeister, wer der offizielle Vertreter in der interministeriellen Runde Bauhaus 2019 der Stadt Dessau-Roßlau ist, stellte **Herr Schönmann, Fraktion Die Linke**. Hierauf entgegnete **Herr OB Koschig**, dies sei bis jetzt Herr Vorjahns, welcher dann auch demnächst unser Bauhausbeauftragter sein wird.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, erklärte, ein ganzes Bündel von Fragen und Anträgen zu haben.

An den Oberbürgermeister gerichtet, bezog er sich auf die zweite Muldebrücke und die Nordumgehung - jetzt genannt Bauwerk elf. Es wurde zugesagt, dass regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten an der zweiten Muldebrücke und der Nordumgehung berichtet wird. Er müsse feststellen, dass das in den ausgereichten Unterlagen fehlt.

Zweites Thema, Mäuseplage. Es gibt in unseren Deichen im Augenblick eine wirklich katastrophale Mäuseplage. Er habe am 20. August dazu an den Oberbürgermeister und Verantwortliche in der Stadtverwaltung eine kurze Mail gesandt, in der er um umgehende Einleitung wirksamer Abwehrmaßnahmen gebeten und angeboten habe, falls sie noch freiwillige Helfer brauchen, wird sie der Ortschaftsrat Waldersee unterstützen. Er müsse feststellen, dass bis heute, 26. September, keine Antwort von einem der Angeschriebenen bei mir oder beim Ortschaftsrat eingegangen ist und auch keine Maßnahmen an den Deichen festzustellen sind.

Drittes Problem. Der Ortschaftsrat Waldersee hat mich beauftragt, einen Antrag gemäß Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt vorzutragen. Der Titel ist, Jugendhilfeplanung der Stadt Dessau-Roßlau, Teilplan Jugendarbeit:

Erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit ist gemäß SGB 8, § 11 eine Pflichtaufgabe der Stadtverwaltung. Deshalb beantragt der Ortschaftsrat:

1. Der Konsolidierungsbeschluss Nr. 45 150 ist dahingehend zu präzisieren, dass die geplanten Einsparungen im Jugendamt nicht durch Schließungen von Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) erzielt werden dürfen. Der Teilplan Jugendarbeit ist dahingehend zu ändern.
2. Keine der vorhandenen JFE wird geschlossen, solange objektiver Bedarf daran von Kindern und Jugendlichen besteht. Dieser wird gemeinsam vom betr. Ortschaftsrat, dem Jugendamt und dem JHA festgestellt.
3. Die Arbeit der JFE ist zu verbessern, in dem diese jeweils mit 2 entsprechend qualifizierten Mitarbeiter/innen Vollzeit / BuFDie o.Ä. besetzt werden.
4. Gemäß SGB VIII § 13 hat die Stadt(verwaltung) die Aufgabe, an sozialen Brennpunkten neue (K)JFE zu schaffen.

Begründung:

Die demografische Katastrophe ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist von Menschen gemacht.

Die Zukunft unserer Stadt und Region sind die Kinder.

Deshalb ist es oberste Aufgabe der Verwaltung und des Rates, alles dafür zu tun, dass wieder mehr Kinder geboren werden und so wieder ein gesunder Lebensbaum wachsen kann.

Ein Teil dieser Voraussetzungen sind gute Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche, in denen sie neben der schulischen Ausbildung gefördert und gefordert werden, damit aus ihnen leistungsfähige Glieder unserer Gesellschaft erwachsen.

Auf den Hinweis von **Dr. Exner**, dass man sich im TOP Anfragen und Informationen befinde, bat **Herr Ehm** um Mitteilung, wann und wo er diesen Antrag vorbringen könnte. Herr Dr. Exner forderte ihn auf, fortzufahren.

Entsprechend der Bitte des Stadtrats-Kollegen und Ortsbürgermeisters Roland Gebhardt, der erkrankt ist, trug Herr Ehm folgendes Anliegen vor, welches auch sein eigenes Anliegen sei:

Der 17. September hat uns gezeigt, was auf die Stadt Dessau-Roßlau in der nächsten Zeit zukommt. Man hat das Gefühl, dass alle mahnenden Worte nicht dort ankommen, wo sie es sollen oder man ignoriert alles, was gesagt wird. Der Verkehrskollaps für die Stadt ist ohne große Weitsicht vorauszusehen. Der Zubringer Ost ist bei dem täglichen Verkehrsaufkommen auf der Bundesautobahn A9 in wenigen Minuten zu. Da hilft es auch nicht, eine eventuelle Pufferzone zu schaffen, wenn man den Verkehr in dieser Situation, in dieser Woche in Vockerode ableitet. Dann steht auch in der Ortschaft Waldersee alles und eine ganze Ortschaft wird blockiert.

Doch welche Möglichkeiten hat die Polizei in so einem Fall noch, sie hat keine. Denn auch die Möglichkeit, den Verkehr in Coswig herunterzunehmen, geht so gut wie gar nicht. Grund dafür ist die Verkehrssituation in Roßlau. Auch hier laufen Bauarbeiten,

so dass die Bundesstraße umgeleitet wurde und die Umleitung hoffnungslos überlastet ist.

Dessau zu erreichen, wird in der nächsten Zeit mehr als ein Geduldsspiel und wer nicht muss, wird spätestens ab dem 8. Oktober diese Stadt verständlicher Weise meiden. Hier fragt man sich doch, was soll die Klage von zig-tausend Euro gegen das weit von Dessau-Roßlau entfernt entstehende Outlet-Center. Es wird viele Gewerbetreibende kalt erwischen, da die Kundschaft weg bleibt und somit der Umsatz in vielen Bereichen merklich zurück gehen wird.

Weiterhin steht auch noch die Sperrung des Zubringers Süd an. Was bedeutet, es geht nur noch über den Zubringer Ost. Was das zur Folge hat, können wir uns ja alle ausrechnen. Es ist auch nicht nachzuvollziehen, warum die Ampel hinter der Muldebrücke in Betrieb ist, obwohl ein Abbiegen nach Dessau-Nord aufgrund der notwendigen Baumaßnahmen nicht mehr möglich ist. Würde hier der Verkehr bis zur nächsten Ampel durchlaufen können, wäre der Durchfluss an der Engstelle auf jeden Fall höher, da danach bekanntlich zwei Fahrspuren zur Verfügung stehen.

Weiter steht noch die Anfrage im Raum, wie will die Verwaltung die Gesundheit der Bürger im Notfall in den vier betreffenden Vororten schützen? Diese Anfrage habe Herr Gebhardt schon einmal gestellt und er, Stadtrat Ehm habe diese ebenfalls noch einmal bekräftigt. Bisher erfolgte keine Antwort, wie man das Problem lösen könnte oder auch will. Ich hoffe nur, in der Zeit der Baumaßnahmen erleidet kein Bürger der betreffenden vier Vororte einen Schlaganfall oder Herzinfarkt. Die Folgen wären nicht abzusehen und der Verursacher ist dann ja bekannt, wenn man die Rettungszeit nicht einhält.

Hat sich die Verwaltung einmal Gedanken gemacht, wie dieses Problem zu lösen ist oder mit den Baufirmen, welche ab dem 8. Oktober auf dem Zubringer Süd tätig sein werden, Kontakt aufgenommen? Man sollte doch hier klären, ob die Möglichkeit besteht, trotz Vollsperrung und Baumaßnahme Rettungsfahrzeugen die ungehinderte Durchfahrt zu gewähren. So wäre wenigstens eine Möglichkeit geschaffen, das Klinikum in kürzerer Zeit zu erreichen, als über den Zubringer Ost. Hier bleibt jedes Rettungsfahrzeug im Verkehr stecken, ohne jede Möglichkeit voran zu kommen.

Herr Ehm zitierte Herrn Gebhardt weiter, der darauf aufmerksam machte, dass die Bürger von Waldersee, Mildensee, Kleutsch und Sollnitz ein Recht darauf haben, hier eine Antwort zu erhalten. Sollte man der Meinung sein, all das ist aus der Luft gegriffen, sollten die Verantwortlichen einmal ein offenes Ohr bei Händlern, Notärzten und anderen Rettungskräften sowie Bürgern haben, um zu erkennen was hier auf dem Spiel steht.

Abschließend erklärte **Herr Ehm**, die Ortschaftsräte von Kleutsch, Mildensee, Sollnitz und Waldersee haben einen Antrag an den Stadtrat und die Stadtverwaltung auf Einrichtung eben dieser Rettungsspur gestellt. Herr Ehm reiche diesen schriftlich an die Zuständigen aus.

Soweit es um den Antrag betreffend die Jugendhilfeplanung geht, regte **Herr Dr. Exner** an, dass dieser an den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet wird. Dort wird die Jugendhilfeplanung im Moment noch diskutiert und die Angelegenheit kommt dann im üblichen Geschäftsgang hier wieder in den Stadtrat.

Als nächste Rednerin erhielt Frau Müller das Wort. **Frau Müller, SPD-Fraktion**, merkte zunächst mit einem Augenzwinkern an, nachdem unsere Thematik ja nun ernst genug war, hätte sie eine kleine spaßige Idee, bevor es leider wieder sehr ernst würde. an Herrn Ehm gewandt, schlug sie vor, er könne ja die Käfige oder Gatter der Katzen im Tierheim öffnen und sie dann zur Mäusejagd schicken, dann spare man Futter und die Plage ist auch schnell beendet.

Frau Müller habe aber jetzt ein sehr ernstes Thema und sie bitte Herrn Dr. Exner, sie ausreden zu lassen, auch wenn manche der Meinung sind, es gehöre nicht in den öffentlichen Teil. Bin ich der Meinung es gehöre doch rein, da ich mich auch in der Öffentlichkeit beschuldigt gefühlt habe. Es um den Beitrag von Frau Lohde. Frau Müller ist im Verwaltungsrat der Sparkasse und sie habe sich getroffen gefühlt, durch den Beitrag mehr oder weniger, direkt oder indirekt bezichtigt zu werden, sie würde ihrer Aufgabe nicht richtig nachgehen.

Wenn Frau Lohde Bescheid wüsste um diese Gesetze in der Sparkasse, dann wüsste sie, dass der Ostdeutsche Sparkassenverein dem Verwaltungsrat vorgesetzt ist. Sie habe kritisiert, dass eine bestimmte Person noch im Verwaltungsrat ist, die sie gerne raus hätte. Was mich wundert ist, als diese Person aus der CDU in diesen Verwaltungsrat gewählt wurde, war Frau Lohde Fraktionsvorsitzende. Und jetzt plötzlich ist sie so dagegen und sehr böse in Ihren Ausdrücken. Was mich auch wundert ist, dass ihr Leserbrief rein zufällig fast der gleiche wie der von Herrn Fremmer ist.

Auf evtl. auftretende Bedenken von Herrn Dr. Exner hin merkte **Frau Müller** an, sie habe keine Namen genannt. Worauf **Herr Dr. Exner** in den Raum stellte, es sei auch völlig unklar, wen sie gemeint haben könnte. Angesichts dessen, dass das Verwaltungsratsmitglied Frank Hoffmann ihm aber mitteilte, dass diese Angelegenheit schon im Verwaltungsrat thematisiert hat, bitte er aufgrund der Selbstbindung des Verwaltungsrates, das hier nicht weiter zu verfolgen. **Frau Müller** kündigte an, sich im nichtöffentlichen Teil an Frau Lohde weiter zu richten.

Da sich Frau Lohde zu Wort meldete, erteilte der Stadtratsvorsitzende, **Herr Dr. Exner**, ihr dieses, da sie das Recht habe, darauf öffentlich zu antworten. Unabhängig von den Personen bitte er aber um Sachlichkeit bei allen Beiträgen und darum, die Würde des Hauses zu wahren.

Frau Lohde, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bedankte sich bei Frau Müller, dass sie dieses Thema und explizit auch sie angesprochen habe. Ja, sie war 2007 Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion. Im Jahr 2008 gab es neue Erkenntnisse über Herrn Baumung und heute 2012 sage sie, und das innerste Bedürfnis hatte sie dazu und habe es auch den Fraktionen schriftlich mitgeteilt, dass diese Entscheidung aus ihrer Sicht falsch war. Sie habe die Fraktionen aufgefordert sich zu positionieren. Wenn sie das für richtig halten, wie das läuft, sei das ihre Entscheidung. Frau Lohde habe sich positioniert, weil sie es mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren kann. Sie brauche keine Zeitung oder sonst etwas zitieren, es seien alle des Lesens fähig und haben sicher aufmerksam die letzten Jahre verfolgt. Sie sage, es war ein Fehler, diesen Mann als Verwaltungsratsmitglied zu wählen. Aber sie sei mit sich im Reinen.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte betreffs des Hinweises von Herrn Ehm richtig, dass in dem ausgereichten Bericht zu Baumaßnahmen, den der Oberbürgermeister versandt hat, auf Seite 6 Informationen zum Thema Ersatz-

bau Muldebrücke, also Friedensbrücke, ausführlich enthalten sind. Der zweite Teil der Frage ist aber davon nicht erfasst.

Außerdem stellte Herr Giese-Rehm eine Anfrage, die er bereits angekündigt hatte. Es geht um eine Vorlage, die im Wirtschaftsausschuss behandelt wurde und wo implizit die Rückabwicklung eines Kaufvertrages und damit verbunden ein anstehender Abriss des Verwaltungsgebäudes Junkalor enthalten war. Es wurden da keine weiteren Informationen gegeben inhaltlicher Art und er bitte, dass die Stadträte über das Verfahren und die inhaltlichen Gründe, die dazu führten, in Kenntnis gesetzt werden.

Aufgrund eines Einwurfs von **Herrn Dr. Exner**, dass man sich im öffentlichen Sitzungsteil befinde, erwiderte **Herr Giese-Rehm**, es habe mit dem Verkauf überhaupt nichts zu tun und Abrissangelegenheiten der Stadt sind durchaus öffentlich. Er denke, es ist ein dringendes Bedürfnis, dass die Stadträte in Kenntnis gesetzt werden, wie das jetzt vorangeht und warum.

Herr Exner Die Frage ist sicherlich öffentlich zulässig. Aber ob es die Antwort ist, dass muss der Antwortgebende entscheiden.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, bestätigte, dass zumindest das, was den Abbruch betrifft, damals Bestandteil einer Beschlussvorlage des Stadtrates war. Das müsse seines Wissens, wenn er Herrn Bekierz recht verstanden habe, 2008 gewesen sein. Insofern handeln wir nach diesem Beschluss. Eine andere Sache ist diese vertragliche Geschichte, die angesprochen wurde. Diese würde er gegebenenfalls im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Sonstige Anfragen und Informationen wurden nicht angezeigt und **Herr Dr. Exner** beendete den Tagesordnungspunkt. Es schloss sich der Bericht von POR Berger, TOP 7.1) an.

8 Beschlussfassungen

8.1 Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen I bis VII der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/249/2012/I-OB

Zu der Frage des Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner an das Gremium, ob für die anstehende Wahl Einverständnis für eine offene Wahl per Akklamation besteht, wurde kein Widerspruch erhoben.

Herr Dr. Exner brachte für die einzelnen Schiedsstellen die vorgeschlagene Besetzung zur Verlesung und stellte sie jeweils zur Abstimmung.

Die vorgeschlagenen Schiedspersonen für die Schiedsstellen I bis VII wurden jeweils einstimmig gewählt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

8.2 Mietspiegel für die Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/195/2012/I-OB

Frau Lohde, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, regte die Aufnahme der Daten des Energieausweises an.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, legte dar, Wohnen ist ein Grundbedürfnis, weshalb jeder Mensch das Recht auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung hat, die mit entsprechenden Standards ausgestattet ist. Die Fraktion hatte lange vor der Fusion und der Einführung des SGB II einen Antrag auf Einführung eines Mietspiegels gestellt, welcher allerdings der Haushaltskonsolidierung anheim gefallen war. Mit der Erarbeitung eines qualifizierten Mietspiegels schaffe man in der Stadt Dessau-Roßlau Transparenz über das bestehende Angebot von Wohnungen, deren Ausstattung und mit welchem Mietzins sie angeboten werden. So können Mieten von Anbietern, egal ob kommunal oder privat, verglichen werden. Diese Vergleichsmieten stellen einen Vorteil des Mietspiegels dar. Mit dieser Transparenz wird ein wesentlicher Beitrag zur Vermeidung von Rechtsprozessen und Konflikten zwischen Mietern und Vermietern geleistet, was insbesondere für die vielen Rechtsstreitigkeiten zu Fragen der Kosten der Unterkunft in Bezug auf die Einführung und Durchsetzung des SGB II von großer Bedeutung ist.

Wichtig für die Fraktion Die Linke sei bei der Erarbeitung des Mietspiegels die Betrachtung der Mietpreisspannenbildung und die Anpassung des Mietpreises aufgrund des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Mietpreisindex, der sich aus den Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte ergibt. Dieser Index ist nur anwendbar, wenn sich seit der Erarbeitung des Mietspiegels keine zu großen strukturellen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt ergeben haben, die sich auf das Mietpreisgefüge auswirken. Das sei ein Punkt, der uns noch bewegt und auf den man heute aufmerksam machen wolle.

Im Rahmen des Stadtumbaus Ost werden in den nächsten Jahren noch ca. 1.200 Wohnungen der DWG vom Markt genommen, sprich abgerissen. Der Leerstand der DWG beträgt 3.600 Wohnungseinheiten. Diese Wohnungseinheiten waren und sind bezahlbar, aber leider noch nicht saniert oder stehen leer. In vielen Städten und Gemeinden der neuen Bundesländer hat das bereits schon zu einer Verknappung des Wohnraumes geführt. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Wichtig seien deshalb entsprechende Konzepte der Verwaltung, die einen behutsamen Abriss in den Randgebieten vorsehen und die Innenstadt verdichten, um eine soziale Durchmischung des gesamten Stadtgebietes im Innen- und Außenbereich zu erreichen. Hier schließe sich wieder der Kreis zu unserer Bürgerfragestunde. Die verbleibenden innerstädtischen Wohnungen müssen aber auch für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen bezahlbar sein und bleiben. Zurzeit hat sich in der Stadt Dessau-Roßlau seit 2005 die Durchschnittsmiete von 5,00 € auf 4,96 € abgesenkt, was 0,8 % sind. (Quelle ist hier Immonet, im August veröffentlicht.) Das werde aber nicht so bleiben, da sich der Sanierungsgrad der am Markt verbleibenden Wohnungen weiter erhöhen wird.

Ein zweiter Aspekt ist die Erstellung einer Mietdatenbank. Das Sozialamt hatte bereits vor einigen Jahren daran gearbeitet und war auf einem guten Weg. Frau Andrich stellte an den Beigeordneten für Gesundheit und Soziales, Herrn Dr. Raschpichler, die Frage, ob der Absatz 2 der Seite 7 der Beschlussvorlage in diese Rich-

tung zielt, oder ob das noch nicht vorgesehen ist. Weiterhin fragte sie, warum sich die anderen Wohnungsgenossenschaften und auch „Haus und Grund“ nicht an den entstehenden Kosten beteiligen, denn für sie erfolge auch eine rechtliche Klarstellung.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates und Mitglied der CDU-Fraktion, übergab die Leitung der Sitzung an Herrn Hoffmann und erklärte, die Vorlage sei in der vorliegenden Form zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zweckmäßig. Die Beschlussvorlage habe zwei Stoßrichtungen, zum einen mietrechtlich gesehen - die Mieterhöhung, zum anderen - sozialrechtlich gesehen - sollen die Grundlagen für ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der Kosten der Unterkunft (KdU) gelegt werden. Wenn man sich die Anlage 1 ansieht, sei mietrechtlich gesehen die Stoßrichtung aus Sicht der Wohnungswirtschaft, dass man den Mietspiegel nicht braucht. Im Klartext heißt das, die Wohnungswirtschaft braucht ihn nicht, denn sie machen das über Vergleichsmieten. Das sei auch die Antwort, weil die Wohnungswirtschaft es anders macht, brauche sie auch keinen Mietspiegel und beteiligt sich somit auch nicht an den Kosten. Ob das für die Mieter nützlich ist, sei die andere Frage, denn die Mieten sind in den letzten Jahren gesunken, aber darüber könne man politisch trefflich streiten.

Die hier entscheidende Frage sei, ob man einen qualifizierten Mietspiegel, der 70.000 € kostet, braucht, oder ob man nicht mit einem einfachen Mietspiegel, der 20.000 € oder weniger kostet, auskommt.

Bezüglich der Ausführungen auf der Seite 7 zu Kosten/Nutzen scheine es so zu sein, dass es bei der Erstellung des Mietspiegels eher darum geht, sozialrechtlich eine Grundlage zur Bemessung der angemessenen KdU zu bekommen. Nur sitze dann die Beschlussvorlage einem Rechtsirrtum auf, denn auch ein qualifizierter Mietspiegel kann nur ein Ansatzpunkt unter vielen zur Bemessung angemessener KdU sein. Das habe das Bundessozialgericht im November letzten Jahres entschieden. Falsch ist also, wenn man einen Mietspiegel hat, ist man die KdU-Fälle los.

Die Anzahl der Widerspruchs- und Klageverfahren, so wie es in der Beschlussvorlage steht, werde auch nicht allzu sehr sinken, denn bildlich gesprochen verlangt das BSG eine Datenerhebung, was durchaus ein Mietspiegel sein könne, muss es aber nicht, on top weitere Kriterien. Zu diesen Kriterien on top befindet sich diese Beschlussvorlage nicht. Dazu gehöre etwa das Kriterium der Vermeidung von Ghettobildungen oder der Grundsatz, dass nicht arithmetische Mittelwerte, wie im Mietspiegel, gebildet werden, sondern dass Spannenoberwerte herangezogen werden müssen.

Weiterhin befindet sich die Beschlussvorlage nicht zum Vergleichsbereich. Ist der Vergleichsbereich das Stadtgebiet der Stadt Dessau-Roßlau, sind es einzelne oder zusammenhängende Ortsteile. Das sei eine wichtige Entscheidung, denn innerhalb eines Vergleichsbereiches ist der Hartz IV-Empfänger verpflichtet umzuziehen. Es mache schon etwas aus, ob man einen Hartz IV-Empfänger, 4köpfige Familie, mit Angebot von Ärzten und Apotheken in der Stadt, verpflichten kann, in einen Vorort zu ziehen, wo dieses Angebot nicht da ist.

Letztlich sei es darüber hinaus aus seiner Sicht auch von der Herangehensweise unzweckmäßig. Richtigerweise hätte die Stadt erst einmal festlegen müssen, was ist für uns eine Wohnung mit einem einfachen Standard und wie sieht dieser einfache Standard überhaupt aus. Weiterhin müsste man den Vergleichsbereich festlegen und

danach die Vermieter fragen, welche Wohnungen sie im Bestand haben. Dann bekomme auch die Datenerhebung wieder ihren Sinn. Hier stelle sich aber wieder die Frage, brauche ich einen qualifizierten Mietspiegel, denn die BSG-Rechtsprechung fordert dies bisher nicht. Sie sagt nur, es kann eine von mehreren Kriterien sein. Man sollte also überlegen, ob man nicht in dem skizzierten Prozess über ein Typgutachten, über einen einfachen Mietspiegel, oder mit einem auf Vereinbarung beruhenden Mietspiegel kostengünstiger zu dem gleichen Ergebnis kommt.

Er wolle den Prozess nicht bremsen und die Vorlage zurückverweisen. Sein Anliegen wäre, dass das geprüft wird und man mit den wesentlichen Kriterien nach vorn kommt, denn so wie es im Moment angelegt ist, sei es nicht zielführend.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, bemerkte, er sei zwar nicht der Einreicher der Vorlage, aber er könne zu einigen Punkten etwas sagen. Nach seinem Datenschutzrechtsverständnis gilt die Geheimhaltung solange, wie ein Rückschluss auf die Personen möglich ist, von denen die Daten erhoben wurden. Wenn eine Datenverdichtung in dem Sinne aufgeschlüsselt werden soll, um zu einem Wohnungskataster oder zu einer Wohnungskartei zu kommen, müsse er die Frage zunächst zurückstellen, weil er sich nicht vorstellen kann, das leisten zu können. Seines Erachtens wäre es möglich, wenn man parallel mit der Erhebung der Daten eine Schweigepflichtentbindung der entsprechenden Mieter bekommen würde. Das und die Vorschläge von Herrn Dr. Exner wären ein Thema für die Arbeitsgruppe und sollten auf die nächste Tagesordnung genommen werden. Wie es praktisch umsetzbar ist, könne er nicht sagen. Begrüßt werde, dass man nach einigen Jahren jetzt an die Daten herankommt, die vor den Gerichten auch die entsprechende Rechtssicherheit geben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Exner und schlug vor, stringent und zielgerichtet an der Aufgabenstellung weiter zu arbeiten. Er verwies auf das einstimmige Abstimmungsergebnis in den Fachausschüssen. Man müsse jetzt zwischen 2 Wegen entscheiden. Bezüglich des Wortbeitrages von Herrn Dr. Exner, wäre es angemessen, einen Vertagungsantrag zu stellen, um das zu qualifizieren. Wenn man etwas beschließt, was am Ende halbherzig umgesetzt wird, habe man der Zielsetzung auch nicht Genüge getan.

Er habe in dem Wortbeitrag von Herrn Dr. Exner keinen Vertagungsantrag herausgehört, sondern dass er darum bittet, seine Anregungen in dieser Arbeitsgruppe intensiv zu prüfen, stellte **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**, fest.

Er habe bewusst keinen Vertagungsantrag gestellt, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Nach seiner Auffassung seien erst 2 Vorschritte zu klären, nämlich, was ist eine mit entsprechendem Standard ausgestattete Wohnung und es stellt sich die Frage nach dem Gebiet. Diese Fragen könne man ohne Weiteres schon bearbeiten. Bezüglich der Erstellung des Mietspiegels bitte er zu prüfen, ob man das nicht billiger machen kann. Es mache Sinn, mit Blick auf die Widerspruchs- und Klageverfahren, hier vernünftig und zügig voranzukommen. Es gebe einige Rechtsprechungen des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt, die entsprechend eingearbeitet werden sollten. Auch die Erfahrungen der benachbarten Kreise und kreisfreien Städte sollten Beachtung finden.

Die Erstellung eines Mietspiegels für die Stadt Dessau-Roßlau wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 21:00:15

8.3 Beschluss gegen die Kürzung der Fördermittel zum Vertrag "Theater der Region" des Anhaltischen Theaters für das Jahr 2013

Vorlage: DR/BV/292/2012/I-OB

In seiner Einführung merkte **Herr Oberbürgermeister Koschig** an, die Vorlage sei aus der Diskussion im Theaterrausschuss entstanden und stelle eine Antwort auf die Kürzung der Fördermittel für das Anhaltische Theater dar. Im nichtöffentlichen Teil werde er auf die Anfrage der Fraktion Die Linke eingehen.

Herr Glathe, CDU-Fraktion, legte dar, er sei Mitglied des Theaterrausschusses und stehe zu dieser Vorlage. Allerdings stelle er die Frage, ob die Vorlage überhaupt noch zeitgemäß ist. Der Presse konnte man entnehmen, dass in Magdeburg der Beschluss bereits gefasst wurde, die Fördermittel zu kürzen. Er bitte um Rederecht für Herrn Meyer von der Theaterleitung.

Frau Lütje, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, bereits mitgeteilt zu haben, dass bei dieser namentlichen Abstimmung im Landtag Herr Kolze und Herr Hövelmann vorab die Sitzung verlassen haben, was die SPD-Fraktion kritisiere und nicht nachvollziehen könne, vor allem nach den vollzogenen Bemühungen des Theaters, das seine Spielplanvorbereitung für den Landtag nach Magdeburg verlegt hat. Sie zitierte Herrn Christoph Kaßner, Sprecher des Dessau-Roßlauer Kreisverbandes der Grünen: „Es ist feige und mutlos, sich auf diese Art und Weise der Verantwortung für Dessau-Roßlau, dem Anhaltischen Theater und die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu entziehen.“ Herr Kolze und Herr Hövelmann haben sich im Vorfeld nicht erklärt, wie sie zu dieser Sache stehen. Der Stadtrat habe schon am 25. April 2012 einstimmig zum Theater gestanden. Frau Lütje fragte, was man mit Vertretern der Stadt wolle, die in so wichtigen Anliegen nicht zu ihrem Wahlkreis stehen. Herr Hövelmann komme zwar immer wieder zu öffentlichen Auftritten nach Dessau-Roßlau und sage dort unverblümt seine Meinung und Herr Kolze habe sogar ein Mandat in diesem Stadtrat und vertritt direkt gewählt, die Stadt im Landtag, oder in diesem Fall eben nicht. Er stelle das Land und die dortige Fraktionsdisziplin über die Belange seiner Stadt. Er solle sein Mandat ernst nehmen, wenn er das nicht mehr kann, solle er die Konsequenzen ziehen und als Stadtrat zurücktreten.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass das Theater nicht von der Stadt allein gestemmt werden kann, sondern man brauche einen Partner dazu. Die beiden Partner, die zusammenspielen müssen, seien das Land und unsere Kommune. Wir müssen sehen, wie man gemeinschaftlich das Theater am Leben hält. Umso gefährlicher bzw. unangenehmer ist es, wenn ein Vertragspartner sich zurücknimmt und hier mit einer Kürzung eintritt und dem Theater damit eine Situation aufbürdet, in der es sehr schwierig wird. Gerade jetzt, wo es um die Tarifverträge im Theater geht, sei es besonders prekär, hier mit so einer Kürzung für das Jahr 2013 anzustehen. Deshalb sei es gut, wenn wir uns, ähnlich wie im letzten Frühjahr, einhellig dazu bekennen, dass wir als Stadträte zu dem Theater stehen, auch wenn das Signal aus dem Land jetzt gekommen ist, diese Kürzung vorzunehmen. Dieser hier vorgelegte Beschluss soll unser Votum bekräftigen, ja wir wollen unser Theater in dieser Stadt

haben. Deshalb wäre er dafür, diesen Beschluss möglichst geschlossen durchzuführen.

Zu der Frage, ob er noch zeitgemäß ist, fügte **Herr Hartmann** an, es wissen alle, dass die Aussage im Land getroffen worden ist, diese 205 T€ wegzunehmen. Umso mehr müssen wir darauf reagieren. Um die Vorlage aktuell zu machen, sollte der letzte Teilsatz aus der Vorlage herausgenommen werden. Er stelle deshalb den **Änderungsantrag**, diesen letzten Part „bzw. der Kürzung nicht zuzustimmen“, zu streichen.

Für die Vorlage in der jetzt geänderten Form sprach sich **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus. Anders hätte man sie nicht mehr einreichen dürfen, weil es in der Zwischenzeit schon den Beschluss gibt. Der Oberbürgermeister habe vorhin gesagt, dass ihn die Kürzung unvorbereitet getroffen hat. Davon sei Herr Otto auch ausgegangen, bis in den Medien Berichte aufgetaucht sind, dass wir Ende vergangenen Jahres und Anfang dieses Jahres als Stadt schon darauf hingewiesen worden sind. Er fragte, ob das so ist oder ob man den Medienberichten entgegentreten müsse. Wenn es so ist, frage er, hat es eine Rolle gespielt in der Diskussion, als das Kabinett hier am Tisch saß, als alle Minister hier waren, Finanzen und Kultus? Da hätte man das Thema auf den Punkt bringen können, nicht nur die verbale Zusage, man werde sich um die Lex Dessau kümmern, sondern genau dieses Thema hätte man versuchen müssen auszuräumen. Er wolle wissen, wie die wirklichen Abläufe waren.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, betonte, ihm mache die Art, wie Vertreter dieser Stadt mit Mandat einen solchen Prozess begleiten, Sorge. Der Kommentar der Begleitung und die Nichtbeteiligung an der Abstimmung waren in der Form ausgeführt, dass es sich um den Teil „Theater der Region“ handelt, der dort eingekürzt worden ist. Darum verstehe er eine solche Denkweise nicht. Man wisse, dass man in Zukunft als Stadt allein dieses Problem nicht bewältigen kann. Man kämpfe seit langem für eine Regionalumlage, für einen möglichen Masterplan, vielleicht Kultur im Lande, der in dieser Richtung auch eine Finanzierung des Theaters sichert. Es wäre eine klare Ansage, wenn sich das Land endlich zu seinen Theatern in Form eines oder mehrerer Staatstheater bekennen würde.

Auf Anregung von Herrn Glathe erhielt der **Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters, Herr Meyer**, das Wort. Er legte dar, dem Theater helfe es sehr, wenn sich der Stadtrat nach wie vor mit allen Fraktionen geschlossen hinter das Theater stellt. Natürlich werde man für den Nachtragshaushalt damit nichts mehr erreichen können, aber es finden immer noch konstruktive Gespräche mit der Arbeitsebene des Ministeriums statt. Er gehe immer noch davon aus, dass die Hoffnung am Ende nicht stirbt und eine Lösung gefunden wird, wie mit der jetzt in dem Nachtragshaushalt befindlichen Kürzung umgegangen werden kann und die Kürzungen innerhalb des Spielplanes, die dem Theater drohen, wenn die Kürzung bestehen bleibt, noch abgewendet werden können. Dass dabei verschiedene Parteien und Abgeordnete im Land ihren Spielregeln folgen, dafür sei er selbst zu wenig Experte, um es beurteilen zu können. Viel wichtiger sei, eine Geschlossenheit nach außen zu signalisieren, die dem Theater mehr helfe, als wenn man sich innerparteilich zerfleischt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, ging auf die Frage von Herrn Otto ein. Anfang des Jahres 2012 gab es eine Auftaktberatung beim Kultusministerium. An dieser haben die Theaterleitung und die Verwaltungsspitze

teilgenommen, vertreten durch den Oberbürgermeister und sie. In dieser Beratung wurden die Eckpunkte für das Moratorium durch den Kultusminister dargestellt. Er habe dort seine Vorstellungen zum Umgang mit den Theaterverträgen vor dem Hintergrund des Kulturkonvents usw. dargestellt und auch klar abgehoben auf die Theaterverträge und weniger auf den Vertrag der Region. Im Nachgang gab es ein Protokoll zu dieser Beratung, in dem es auch deutlich stand, dass das Moratorium nur gelten sollte für den Theatervertrag. Ausgenommen werden sollten Sonderverträge und namentlich genannt war der „Vertrag der Region“. Das war uns bekannt. Genau deshalb habe der Stadtrat im April eine Vorlage beschlossen, in der ausdrücklich gesagt wurde, das Moratorium soll für alles gelten. Es war nicht eine Kürzungshöhe im Raum, aber es war im Raum, dass man diesen Vertrag in das Moratorium nicht mit einbeziehen wollte. Deshalb habe man bewusst empfohlen, diesen Stadtratsbeschluss so klar zu fassen, dass ein Moratorium vor dem Hintergrund des Kulturkonvents für alles gelten muss.

Wenn er die Reihenfolge richtig sehe, sei die Information vor der Kabinettsitzung erfolgt, merkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an. Die Kabinettsitzung war am 08.11.2011 in Dessau, stellte **Frau Nußbeck** richtig.

Frau Storz, 2. stellv. Vorsitzende des Stadtratsvorsitzenden, legte dar, wie sie der Presse entnehmen konnte, sei auch die Stadt Dessau-Roßlau in der Theaterförderung das Schlusslicht. Halle und Magdeburg erhalten wesentlich höhere Beträge. Sie fragte, inwieweit das von der Verwaltungsspitze im Kultusministerium thematisiert worden ist. Gibt es bei den anderen beiden Theatern ebenfalls solche „Verträge der Region“ und wie ist mit denen dort gegebenenfalls umgegangen worden?

Es gibt nur für unser Theater einen „Vertrag der Region“, im Grunde genommen als eine hilfswise Krücke, um der Obergrenze von 50 % Landesförderung zu entgehen, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Dem Kultusministerium war bis vor wenigen Wochen klar, dass die kleine Stadt Dessau-Roßlau mit dem großen Haus allein nicht zurande kommt. Man habe das nach der Schließung des Wittenberger Theaters sogar noch einmal aufgestockt, zwischendurch wieder etwas herausgenommen, dann waren von den 600.000,- EUR die uns weggenommen wurden, 300.000 wieder draufgepackt. Jetzt werde sehr einseitig diskutiert, was mit der Theaterfinanzierung nichts zu tun habe, sondern mit der Reisetätigkeit unseres Hauses. Es sei also nur für unser Haus eine Sonderregelung. Die anderen Häuser bekommen zwar mehr vom Land, aber zahlen selber noch deutlich höher.

Durch den Einreicher wurde der Antrag auf Streichung der Worte "bzw. der Kürzung nicht zuzustimmen" übernommen.

Die so geänderte Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

8.4 Jahresabschluss des Anhaltischen Theaters Dessau zum 31.12.2011 Vorlage: DR/BV/198/2012/I-ATD

Der Vorlage zum Jahresabschluss des Anhaltischen Theaters wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.5 Entlastung der Betriebsleitung des Anhaltischen Theaters
für das Jahr 2011
Vorlage: DR/BV/199/2012/I-ATD**

Die Entlastung der Betriebsleitung wurde einstimmig erteilt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.6 Jahresabschluss 2011 des Eigenbetriebes Stadtpflege
der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/227/2012/II-EB**

Die Vorlage zum Jahresabschluss wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.7 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege
der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2011
Vorlage: DR/BV/228/2012/II-EB**

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes wurde einstimmig entlastet.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.8 Entsendung von Stadträten in den Verwaltungsrat der Dessauer
Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
Vorlage: DR/BV/256/2012/II-30**

In den Verwaltungsrat der DWG wurden entsendet:

Herr Puttkammer, CDU
Herr Weber, CDU
Herr Pätzold, Die Linke
Herr Busch, Bürgerliste/Die Grünen
Herr Dreibrod, SPD
Herr Schröter, Pro Dessau-Roßlau
Herr Maloszyk, FDP

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.9 Entsendung von Stadträten in den Verwaltungsrat der
WBD Industriepark Dessau GmbH
Vorlage: DR/BV/257/2012/II-30**

In den Verwaltungsrat der WBD Industriepark wurden entsendet:

Herr Ehm, CDU
Herr Kolze, CDU
Frau Ehlert, Die Linke
Herr Schönemann, Die Linke

Herr Giese-Rehm, Bürgerliste/Die Grünen
 Herr Gebhardt, SPD
 Herr Otto, Pro Dessau-Roßlau
 Herr Bähr, FDP
 Herr Tonndorf, NEUES FORUM

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.10 1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung
 der Stadt Dessau-Roßlau vom 14.02.2008
 Vorlage: DR/BV/265/2012/II-20**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.11 Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Fortschreibung der Sanierungs-
 ziele für einen Teilbereich des Sanierungsgebietes
 Vorlage: DR/BV/138/2012/VI-60**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, gab auf Nachfrage von Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, das Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit 04:00:01 bekannt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:01

**8.12 Maßnahmebeschluss Jahnstraße und Liebknechtstraße
 von Gropiusallee bis Jahnstraße
 im Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest
 Vorlage: DR/BV/237/2012/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

**8.13 Änderungsbebauungsplan Nr. 108 A „Am Elbpavillon“
 Abwägungs- und Satzungsbeschluss
 Vorlage: DR/BV/238/2012/VI-61**

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, verwies auf eine Änderungen und bat um Zustimmung:

Unter dem Beschlussvorschlag Nr. 2. ist nach „Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB, § 6 der GO LSA“ hinzuzufügen „und § 85, Abs. 3 Bauordnung LSA“.

Demzufolge komme dann in der 2. Zeile nach „Änderungsbebauungsplan Nr. 108 A „Am Elbpavillon“ noch hinzu „mit örtlichen Bauvorschriften“.

Genauso würde in den Gesetzlichen Grundlagen der „§ 85 Abs. 3 Bauordnung LSA“ noch zu benennen sein.

Der Einreicher könne jederzeit seine Vorlage modifizieren, was hiermit kundgetan wurde, erklärte Herr Dr. Exner und stellte die Vorlage zur Abstimmung.

Der Beschluss zur Vorlage wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11 Schließung der Sitzung

Nachdem wieder Öffentlichkeit der Sitzung hergestellt worden war, schloss der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, die Sitzung des Stadtrates.

Dessau-Roßlau, 16.05.13

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin